Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 52. Mittag-Ausgabe. Zweiundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Dinstag, den 1. Februar 1881.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

50. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 31. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg und Commissarien.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abgeordneter Hellwig, daß er nicht, wie in der officiellen Abstimmungsliste (und demgemäß auch in den Berichten) bemerkt sei, gegen den Steuererlaß, sondern für denselben gestimmt habe.

Die allgemeine Discussion über den zur dritten Berathung stehenden Steuererlaß und den Etat wird zusammengefaßt.

Abg. Grumbrecht läßt die vier Parteien, die für den dauernden Steuererlaß gestimmt haben, Revue passiren. Die Conservativen betrachten ihn als den Anfang der Steuerreform, während § 1 des betr. Gesetzes diese Reform ausdrücklich vorbehält, die nach dem System von Rauchhaupt sehr wahrscheinlich die jetzt um ¼ ihrer Steuer Entlasteten um das Doppelte belasten würde. Das Steuererlaßgesetz bedeutet nicht eine Reform, sondern nur einen willkürlichen, fast rohen Eingriff in das ganze bestehende Steuersystem. Selbst Richter hat trotz seiner Dialektik nur sehr wenig zu seinen Gunsten vorgebracht und dies wenige sprach eigentlich gegen ihn. Denn wenn er die Nationalliberalen, denen er doch so gern etwas anhängt, mit der Frage anpackt, sie sollten sich doch erklären, ob sie auch gegen den einmaligen Erlaß gestimmt haben würden, denn nur in diesem Falle würden sie tugendhaft sein, so folgt daraus, daß er ihre Abstimmung für die richtige halten muß und daß sie das von ihm ertheilte Lob ihrer Tugendhaftigkeit mit Behagen einstreichen dürfen; denn sehr viele von ihnen und der Redner selbst würden gegen den einmaligen Erlaß gestimmt haben. Durchaus unzulässig ist das Motiv, die Regierung durch den Erlaß in die Zwangslage zu versetzen, daß sie den Landtag um die Bewilligung neuer Mittel angehen muß, wenn die vorhandenen nicht ausreichen.

Diese Vorstellung, daß Schulden im constitutionellen Leben die besten Helfer der Völker seien, und daß man aus den Verlegenheiten der Regierung Vortheile ziehen dürfe, ist verwerflich. Rickert sagt, die Vertretung könne doch dem Volke nicht eine von der Regierung offerirte Erleichterung versagen, und wälzt damit die ganze Verantwortlichkeit für die Maßregel von jener auf diese ab. Denn in Bezug auf den Etat ist es dasselbe, ob man eine Einnahme streicht oder die entsprechende Ausgabe macht. Das Centrum erklärt kurz und verständlich, daß es sich bei der Bewilligung neuer Steuern zum Erlaß von alten verpflichtet habe. Da aber die Verpflichtung im Reichstage übernommen worden ist, so sollten die durch sie Gebundenen doch erst abwarten, ob der Reichstag nicht seinerseits den Steuerdruck herabmindern wird, und ihn dazu auffordern. Will man Steuern erlassen, so müßte vor allen die Salzsteuer fallen, die schlechteste von allen, deren Aufhebung alle Parteien des Reichstags als nothwendig bezeichnet haben; aber Niemand denkt daran, selbst Richter nicht, der doch ein Gedächtniß für die Kornzölle hat, und die Rücksicht auf die Wähler, die Wirkung nach außen, die Reclame beherrscht diese ganze Frage, ein trauriges Zeichen der Zeit, als könne man nicht abwarten, ob der Reichstag die Steuerlast gründlicher, rationeller und dauernder erleichtert. Denn der angeblich dauernde Steuererlaß hört durch den Vorbehalt der Steuerreform auf, etwas Definitives zu sein und ist lediglich ein willkürlicher, prinziploser Einschnitt in das beste der preußischen Gesetze, als welches der Redner, der verschiedene Steuersysteme zu prüfen Gelegenheit gehabt hat und jahrelang in Hannover Referent über alle Steuergesetze war, das preußische von jeher erkannt und gepriesen hat. Nach dem hannoverschen Steuergesetz konnte ein Großgrundbesitzer 100,000 Thlr. Revenuen haben, die höchste Abgabe, die er bezahlte, war 600 Thlr., während die Hauptlast auf den untersten Klassen ruhte und die Hälfte der Personalsteuer (½ Million Thlr.) von den beiden untersten Stufen aufgebracht wurde. Die Abneigung der hannoverschen Großgrundbesitzer gegen das preußische Steuergesetz ist leicht zu begreifen. Der dauernde Steuererlaß beruht auf angeblich glänzenden Einnahmen, wie sie angeschrieben sind, die Ist-Einnahme wird höchst wahrscheinlich nur die Hälfte dessen ergeben, was der Finanzminister dem Hause verkündigt hat. Auf so manchen wohlbegründeten Anspruch antwortet die Regierung, sie habe kein Geld, und hier verschenkt man es! Wird man ihr das danken? König Ernst August von Hannover begleitete seinen Verfassungsbruch mit einem zweimonatlichen Erlaß der Grundsteuer, aber Niemand hat ihm dafür gedankt; alle verständigen Leute nannten es Verschwendung. Die in Aussicht genommene Steuerreform schreitet über den „dauernden" Erlaß mit ihrem ersten Schritt fort, also so schnell als möglich hinweg mit diesem Gesetze!

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich habe mit zwei Mitgliedern meiner Partei gegen das Gesetz gestimmt, zunächst aus der allgemeinen Sorge, die uns stets erfaßt, wenn wir von neuen Reformen hören, die nicht gerade immer Verbesserungen sind und deren Consequenzen auf dem bisher intacten Gebiet der Steuergesetzgebung uns besonders bedenklich erscheinen, weil ja unzweifelhaft Kreis, Gemeinde, Schule und Kirche in fast unübersehbarer Weise durch sie getroffen werden. Ich habe nun zu dem Steuererlaß Nein gesagt von meinem Standpunkt aus, der noch älter ist, als der des Abg. Rickert, dem altständischen, der verschollen sein mag, aber wenigstens den Vorzug hat, ehrlich und sehr friedfertig zu sein. Wir sind gegen den einmaligen und für jetzt auch gegen den dauernden Steuererlaß. Den einmaligen hätten die alten Stände nur bewilligt aus Rechnungs-Ueberschüssen, vielleicht auch Etats-Ueberschüssen, wenn sie sicher waren, daß solche da sind. Rechnungs-Ueberschüsse sind nun gewiß sicher nicht da, Etats-Ueberschüsse auch nicht, sondern ein unzweifelhaftes Deficit. Ein Beweis dafür ist doch gewiß die Anleihe, die der Herr Minister machen will. Nun ist gesagt: ja, die Einnahmen haben sich neuerdings derartig gebessert, daß gar keine Besorgniß eines Deficits mehr vorhanden ist. Ich würde das gern glauben, wenn der Minister in Folge dieser Besserung seinen Anleihe-Antrag zurückgezogen hätte. Das hat er aber nicht gethan, also bleibt das Deficit bestehen; es bleibt ferner die Thatsache bestehen, daß zur Gewährung des Steuererlasses Geld angeliehen werden soll. Das ist so sicher und klar, wie der Satz, daß 2 × 2 = 4 ist. Die Redensart, daß die Anleihe nur für das Extraordinarium gemacht wurde, halte ich — nehmen Sie mir es nicht übel — für Wind, oder, um mich mit dem Abg. Richter höflicher auszudrücken, für einen „Schaumkloß."

Ich meine, das sogenannte Extraordinarium ist ganz falsch getauft. Das Extraordinarium ist jedesmal ein ordinärer Titel des Ordinariums. In jedem vernünftigen Etat, in denen wenigstens, bei denen ich bisher mitgewirkt habe, stand immer ein Extraordinarium, das nach dem Abg. von Benda mindestens 5 Procent des sonstigen Ordinariums betragen muß, im vorliegenden Fall bei einem Extraordinarium von ungefähr 40 Millionen nur etwa 4—5 Procent betragen würde. Wir müssen es also gewiß ganz ebenso wie das Extraordinarium decken. Auf die „productiven Zwecke", für welche die Anleihe gemacht werden soll, gebe ich von meinem altständischen Standpunkt gar nichts. Zinsen will ich sehen. Rentable Ausgaben also lasse ich mir gefallen, sie werden aber hier nur in sehr geringem Maß projectirt. Die 8 Millionen für Wasserstraßen mögen rentabel sein, aber ob die bisherigen Regulirungen technisch richtig sind, wird heut zu Tage sehr bestritten. Vielleicht sind auch diese 8 Millionen eine falsche Ausgabe, haben wir doch schon so manche Wassermelioration an der unrichtigen Stelle gemacht. Rentabel wäre also diese Verwendung von 8 Millionen, wenn sie sich wirklich als solche in der Praxis erwiesen hat. Nun sagt man endlich für den dauernden Steuererlaß: es sei ganz sicher, daß wir in Zukunft Ueberschüsse haben würden. Wo ist das sicher? Woher wissen Sie, daß der Reichstag die Gelder bewilligen wird, auf die Sie rechnen? Das scheint mir sehr unsicher zu sein. Rechnen Sie auf die Wahlen mit solcher Sicherheit nach Rechts? Der Abg. Richter rechnet mit derselben Sicherheit nach links. In England schlug die Stimmung mit einem Male gegen alle Erwartung um: warum soll das nicht auch einmal bei uns geschehen? Und darauf soll ich in Preußen einen dauernden Steuererlaß bewilligen, während ich noch gar nicht weiß, ob der Reichstag Geld bewilligen wird? Das können Sie mir von meinem ständischen Standpunkt nicht annehmbar machen. Was werden aber die Wähler dazu sagen? Ich kenne Ihre Wähler nicht, aber meine kenne ich, das sind nüchterne, solide Neumärker, die nie von vorgegessenem Brot und nie vom Capital leben, und ich bin sicher, daß ich meine Abstimmung vor meinen Wählern rechtfertigen werde, Sollte es doch nicht sein, nun, mein Gott! dann wählt man mich eben nicht wieder, die Sache wird wohl auch ohne mich gehen. (Heiterkeit.)

Nun stimme ich dem Abg. Grumbrecht darin bei, daß durch dieses Gesetz wieder ein Provisorium entsteht zwischen zwei definitiven Gesetzen, und das ist für die Praxis immer ein wahres Kreuz gerade in einer so geregelten Verwaltung, wie die Steuerverwaltung bei uns ist. Ich für meine Person würde mich höchstens zu einem Amendement des bisherigen Steuersystems verstanden haben, und zwar zu dem, das Abg. v. Benda vorgestern andeutete: ich würde die sämmtlichen Tagelöhner steuerfrei machen. Vorläufig sind in diesem Augenblick noch nicht alle frei. Wir sind durch das Existenzminimum, das ich für einen großen Fehler halte, in eine ganz wunderbare Lage gekommen. Das Land theilt sich in drei Zonen, im Osten sind die Tagelöhner steuerfrei, im Westen sind sie mit Steuern belastet, und in der Mitte des Landes liegt ein Centrum, wo die Frage zweifelhaft ist, wo, je nach der größeren oder geringeren Zähigkeit der Landräthe, die Tagelöhner hier steuerfrei sind, dort nicht. Das ist meines Erachtens ein ganz unerträglicher Zustand, und ich bin der Meinung, daß wir an dieser Stelle auf das alte Klassensteuersystem zurückgreifen müssen. Wir müssen sagen: Alle Tagelöhner, d. h. alle Leute, die von der rohen Arbeit ihrer Hände leben, ohne ein besonderes Gewerbe erlernt zu haben, sollen durch das ganze Land steuerfrei sein. Ein solches Amendement ist nicht gestellt worden, und ich kann es in der dritten Lesung auch nicht mehr stellen. Nun komme ich auf mein eigentliches Metier, nämlich auf meine Bedenken gegen das Detail des Gesetzes. Den Abg. Richter habe ich so verstanden, als schriebe er ihm eine gewisse Vollendung zu; ich halte es nicht für vollendet. Ich bitte, diese meine Aeußerung nicht als ein unfruchtbares Brummen aus der Praxis anzusehen, sondern überzeugt zu sein, daß das Detail wichtiger ist, als man gewöhnlich denkt. Das Detail in der Ausführung eines Gesetzes wird allerdings von den genialen Herren gern übersehen, die blos mit akademischen Principien arbeiten; aber diese akademischen Principien machen die Gesetze dem Lande nicht mundrecht, sondern vorzugsweise die Ausführung. Wenn die akademischen Principien genügten, dann würden alle Ihre liberalen Gesetze wundervoll sein.

Zum Theil sind Ihre Principien sogar zu schön, eine Eigenschaft, die ich am allerschlimmsten für jede Sache halte. Aber bei der Ausführung hapert es fast immer. Das, worauf ich hin will, ist Folgendes: die jetzige Einkommensteuerscala verhält sich, wenn Sie einige Zahlen verzeihen, so: Stufe 1 giebt 30 Thlr., Stufe 2 36 Thlr., dann 42, 48, 54, 60, 72, das sind die ersten 7 Stufen. Das ist also eine steigende Differenz in Stufe 1—6 von je 6 Thlr., in Stufe 6—7 aber 12 Thlr. Nach der neuen Scala des Gesetzes Richter-Minnigerode haben Sie die 7 Stufen von 22½, 27, 31½, 36, 40½, 60, 72 Thlr., d. h. von 1—5 steigen die Stufen um je 4½ Thlr., dann steigt Stufe 5—6 um 19½ Thlr. und 6—7 wieder nur um 12 Thlr. Solche Sprünge sind uns aber bekanntlich niemals gleichgiltig gewesen. Ich erinnere daran, daß man mit großem Eifer und Schmerz bei der Klassensteuer die Stufen 2—4 vermittelt hat durch eine ausdrückliche eingeschobene Stufe von 3 Thlr. Hier liegt die Sache ziemlich ebenso. Der Graben, der zwischen Stufe 5 und 6 durch eine plötzliche Differenz von 19½ Thlr. entsteht, ist so bedeutend und wird noch bedeutender durch die Communalsteuerzuschläge, so daß der beste bureaukratische Steuerrenner vor diesem Graben stutzen muß und wahrscheinlich hineinfällt. Es handelt sich bei der Entscheidung um Stufe 5 und 6, um 2 und mehr nach jeder Seite hin liegende weitere Stufen, also mindestens nm 6 Stufen, wahrscheinlich um die Stufen 3—8. Hier wahrscheinlich wird die Ermäßigung und Erhöhung sistirt werden. In diesen Stufen sind 71,656 Censiten, 41 Procent sämmtlicher Einkommensteuerpflichtigen. Durch die Sistirung oder Erschwerung der Steuerschätzung in diesen Stufen werden die Staatseinnahmen alterirt und das Gesetz bei den selbstverwaltenden Commissionen unpopulär, was besonders schlimm für die Herren ist, die dafür gestimmt haben.

Ich halte mit dem Herrn Abgeordneten Grumbrecht das Gesetz nicht für ein Provisorium; es wird wohl recht lange dauern, und ich bitte zu bedenken, welche Steine im Wege liegen, bis wir an das Definitivum kommen, auf das Sie rechnen. Man will 4 Stufen der Klassensteuer ganz befreien, und höchst wahrscheinlich wird sich daraus das allgemeine Stimmrecht entwickeln. Der Grundsteuererlaß, gleichviel ob er den Kreisen oder den Censiten zu Theil wird, erscheint mir höchst bedenklich; wir werden uns darüber kaum in einigen Jahren einigen. Was soll ferner aus der Entschädigung werden, die für die Grundsteuer an die Rittergüter gezahlt worden ist? Alle diese Dinge werden die definitive Erledigung der Sache gewiß erschweren. Ich befürchte mit Herrn Rickert unter Anderm, daß der Grundbesitz dabei vom Regen in die Traufe kommen wird. (Sehr richtig! links.) Was ich hier vortrage, ist natürlich alles vergeblich, indessen ich mußte doch meine Meinung sagen, auch um die der beiden anderen Herren, die mit mir gestimmt haben, zu vertreten. Wir werden wiederum sowohl gegen den einmaligen Steuererlaß, als auch für jetzt gegen den dauernden stimmen; späterhin, wenn sich die Sache definitiv erledigen wird, werden wir vielleicht für den dauernden Erlaß stimmen, zur Zeit aber ist es noch zu früh. (Beifall.)

Abg. Rickert Die Rede des Abg. v. Meyer gefällt mir in gewisser Beziehung sehr gut, wie ich denn schon oft, über die Köpfe des Herrn von Rauchhaupt und Minnigerode hinweg, mich mit Herrn von Meyer vollständig einverstanden erklären konnte. (Hört, hört!) Für diese conservativen Ideen habe auch ich Verständniß, und ich glaube, daß die altconservative Partei im Lande an Herrn von Meyer ihren wirklichen Vertreter findet, an den Herren von Rauchhaupt und von Minnigerode aber nicht. (Sehr wahr!) Aus der letzten Aeußerung des Herrn von Meyer ist ersichtlich, wie schwere Kämpfe die Durchberathung des Rauchhaupt'schen Steuer-Programms in der conservativen Partei erlebt haben muß. Es sind einige Blitze hier ins Haus gedrungen, die uns Aufklärung darüber gegeben haben, wie es im Fractionszimmer zugegangen sein muß. Namentlich ist die Entschädigungsfrage in der Grundsteuersache wie ein Knüppel in das Programm hineingeworfen, mit dem Sie so leicht nicht fertig werden können. Uebrigens wird ja Herr von Rauchhaupt sein Steuerprogramm bei der nächsten Gelegenheit ausführlich entwickeln. Was er bisher in dieser Beziehung gesagt hat, das genügt doch nicht, wie selbst die Herren von drüben zugeben werden. Vor Allem möchte ich mich aber noch Herrn von Meyer gegenüber vertheidigen, da ich das Bedürfniß habe, von ihm nicht verkannt zu werden. (Heiterkeit.) Derselbe sagt nämlich, wir seien Akademiker und hätten wieder eine Scala herausgebracht, die sich niemals bewähren würde. Daß wir, trotzdem auch Landräthe unter uns sind, immer Gelehrte und Akademiker seien, von diesem Vorurtheil kann sich auch Herr von Meyer nicht los machen. Das macht die Gesellschaft, in der er seine Tage zubringt, ich meine das natürlich im besten Sinne des Wortes. Aber, Herr von Meyer, bedenken Sie doch, daß die ganze Gesetzgebung, wie wir sie hier haben, von Ihren praktischen Finanzmännern v. Bodelschwingh und v. d. Heydt gemacht ist. Ich erkenne übrigens an, daß die gegenwärtige Scala einer Abänderung bedürftig ist.

Wir haben nur erklärt, daß der Antrag Richter-Minnigerode auf dem Wege liege, auf dem wir zu dem letzten Ziele wollen, nämlich zu einer Ermäßigung des Sprunges in der aufsteigenden Scala unten und in der Mitte. Herr von Meyer hat allerdings die schwächste Seite des Antrages glücklich herausgefaßt, indem er behauptet, der Sprung zwischen vierzig und sechzig sei doch wieder sehr groß. Aber wir haben doch wenigstens die andern Sprünge etwas kleiner gemacht. Daß uns an einer Stelle ein großer Sprung kommt, das ist allerdings die Folge dieses Reformwerks. Alles menschliche Werk ist eben unvollkommen. Wir konnten uns aber jetzt nicht mit dem Herrn Finanzminister auf eine organische Gesetzgebung einlassen. Doch hat Herr von Meyer den Weg dazu gezeigt. Der Herr Finanzminister wird nämlich im nächsten Jahr wahrscheinlich eine andere Scala einbringen, die die kleineren Härten und Unregelmäßigkeiten ausgleicht. Er nickt mir soeben zustimmend zu. Dann wird ja Herr von Meyer in der Lage sein, mit uns diese Härten und auch den großen Sprung zu beseitigen. Was Herr von Meyer bezüglich der Communalsteuern gesagt hat, trifft nicht zu, da diese nach der alten, ideellen Scala zugeschlagen werden, so daß wir uns dieserhalb wenig zu beunruhigen haben. Im Uebrigen halte ich mit Herrn von Meyer die Klassensteuerreform von 1874, die wir bekanntlich 1873 sehr entschieden bekämpft haben, für unvollkommen, namentlich wegen des Existenzminimums. Wenn ferner Herr von Meyer hervorhebt, daß im Etat ein Deficit vorhanden sein würde, das durch eine Anleihe gedeckt werden müsse und daß demnach auf der anderen Seite Steuern erlassen würden, so halte ich das für sehr buchmäßig gesprochen. Aber Herr von Meyer sollte doch nicht so sehr Akademiker sein, sich von Buchstaben imponiren zu lassen und lieber einmal des Lebens grünen Baum ins Auge fassen. Ich verweise Herrn von Meyer ausdrücklich auf die Erklärung des Herrn Finanzministers, wonach wir in den ersten 3 Quartalen des Jahres 22 Millionen Mehreinnahmen und 10 Millionen weniger Ausgaben haben. Angesichts dieses Ueberschusses bitte ich Herrn von Meyer, nicht akademisch, sondern praktisch zu denken. Ich glaube, Alles in Allem, daß die Voraussetzungen, unter denen Herr von Meyer sein verneinendes Votum begründet, in der That nicht zutreffen, und ich stelle deshalb anheim, ob er nicht schließlich doch sich mit uns vereinigen wird. Ich würde sehr großen Werth darauf legen, gerade mit Herrn von Meyer in dieser Frage zusammenzugehen. (Beifall links.)

Abg. v. Zedlitz (Berlin): Ich constatire mit Genugthuung die rasche Bekehrung, die sich in Bezug auf den Steuererlaß bei dem Vorredner vollzogen hat. Bei der ersten Lesung ging derselbe davon aus, daß ein Steuererlaß mit den Grundsätzen der altpreußischen Finanzpolitik nicht vereinbar sei; heute ist er zu der Ueberzeugung von dem Gegentheil gekommen, ohne daß äußere Thatsachen vorgefallen wären, die diese Wendung rechtfertigen könnten. Der Vorredner scheint von der Meinung auszugehen, daß die 22 Mill. Mehreinnahmen und die 10 Mill. Minderausgaben den reinen Ueberschuß des Etatsjahres darstellten, das ist nicht der Fall; es sind das nur Mehreinnahmen bez. Minderausgaben gegenüber dem Vorjahre, das mit einem rechnungsmäßigen Deficit schloß. Uebrigens hat der Vorredner heute wieder mit Emphase Behauptungen aufgestellt, die ich schon hundertmal widerlegt habe. So hat er von der großen Zahl Steuerfreier gesprochen, denen ein Steuererlaß gar nicht zu gute kommen könne, die aber durch die Zollreform auf das Empfindlichste geschädigt würden. Das ist nicht richtig. Von denen, die gar keine Steuern bezahlen, stehen über ⅔ in Kost und Brot bei Anderen, werden also von den Verbrauchssteuern nicht betroffen. Wenn hier von den angeblichen Versprechungen die Rede war, mit denen die „Provinzial-Correspondenz" die Steuerreform plausibel gemacht, so habe ich darauf hinzuweisen, daß in dem betreffenden Artikel dieses Blattes an erster Stelle für die Verwendung der Ueberschüsse zu nothwendigen Staatsausgaben plaidirt wurde und erst in zweiter Linie für einen Steuererlaß. Richter hat sein Erstaunen darüber ausgesprochen, daß das genannte Blatt der Fortschrittspartei vorgeworfen habe, sie stimme nur aus taktischen Gründen für den Steuererlaß.

Wie sich der Abgeordnete Richter darüber wundern kann, verstehe ich nicht; hat doch sein Freund Hänel ausdrücklich erklärt, daß seine Partei zur Annahme des Erlasses lediglich durch den „taktischen Grund veranlaßt sei, sich von der Regierung in der Wahlparole nicht überbieten zu lassen." Was das Rauchhaupt'sche Steuerprogramm betrifft, so acceptire ich vollständig den darin ausgesprochenen Gedanken, die bestehenden Steuern zu reformiren, eine gleichmäßige Belastung der verschiedenen Vermögensantheile herbeizuführen. Diesen Gedanken habe ich, glaube ich, zuerst hier zum Ausdruck gebracht; ich bin Ihnen dafür dankbar, daß Sie denselben realisiren wollen. Bezüglich der Personalsteuern aber bin ich durch das Programm enttäuscht worden, da ich darin die nothwendige Forderung vermisse, mindestens die arbeitende Bevölkerung von allen directen Steuern zu entlasten. Wäre diese Reform, wie die conservative Partei sie vorschlägt, aber auch erstrebenswerth, so erscheint ein dauernder Erlaß als ein Hemmniß derselben. Der passive Widerstand gegen die Steuerreform wird durch einen dauernden Erlaß nur verstärkt.

Abg. Rickert: Wenn der Vorredner einige meiner heutigen Behauptungen schon oft als falsch widerlegt haben will, so bedauere ich, ihm erwidern zu müssen, daß die Autorität desselben heute für mich nicht größer geworden ist, als sie früher war, um so mehr, als er mit unübertrefflicher Kühnheit einem Mitgliede des Hauses Aeußerungen untergelegt hat, die es nicht gemacht hat. Ich habe bei der ersten Lesung aus denselben Gründen für den Steuererlaß gesprochen wie heute, wenngleich ich allerdings die Finanzlage damals anders beurtheilen mußte, als heute. Weiß der Vorredner nicht, daß, wie inzwischen bekannt geworden ist, im Reiche die Einnahmen aus den Zöllen „wider alles Erwarten" sehr erheblich gewachsen sind? Herr von Zedlitz mag das erwartet haben; er mag ja in sich die Kraft fühlen, Dinge vorauszusehen, die wir anderen Sterblichen vorher nicht wissen können. Wenn er trotz der veränderten Verhältnisse immer auf demselben Standpunkt bleibt, so gratulire ich ihm dazu; ich bin so unfehlbar nicht. Von einem Zugeständnisse meinerseits bezüglich der neuen Wirthschaftspolitik kann keine Rede sein. Ich halte es für kein Wunder und nicht für die Folge der Wirthschaftspolitik, wenn im Reiche in Folge neuer Steuern mehr Geld in die Kasse kommt, ebenso wie ich es nicht für ein Wunder halte, wenn jetzt die Eisenbahnen höhere Einnahmen haben, als früher: das ist doch der Hauptmehrertrag in Preußen. Bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen habe ich ausdrücklich erklärt, es müßte ein schlechter Eisenbahnminister und nicht ein so tüchtiger Verwalter, wie der Minister Maybach, an der Spitze der Eisenbahnverwaltung stehen, wenn wir nicht in den nächsten Jahren erhebliche Mehrüberschüsse bei den Bahnen herauswirthschaften könnten. Uebrigens sind die Eisenbahneinnahmen in der übrigen civilisirten Welt in höherem Maße in der letzten Zeit gestiegen, als in Preußen. Auch bei der Berathung der Bergwerksübersicht habe ich, im Gegensatz zu dieser, gezeigt, daß durch die Wirthschaftsreform eine Besserung der Verhältnisse nicht eingetreten ist.

Herr v. Zedlitz behauptet, mir wiederholt nachgewiesen zu haben, von der großen Zahl von Klassensteuerbefreiten seien zwei Drittel Einzelsteuernde. Nun, ich lese die Vorlagen der königlichen Staatsregierung mindestens eben so genau wie er, und da ist auf Seite 10, Nr. 12 der Nachweisung über die Anzahl der für das Jahr 1880 bis 1881 zur Klassensteuer Veranlagten angeführt, daß steuerfrei geblieben sind 7,329,000 Personen und davon 2,493,030 Einzelsteuernde. Der Abg. v. Zedlitz selber sagt, es sind zwei Drittel Einzelsteuernde, es bleibt also ein Drittel übrig, das ist mehr als 1 Million Censiten. Ich glaube, das ist eine große Zahl. Diese werden den Druck der Korn-, Petroleum- und anderen Zölle sehr wohl empfinden und denen kann keine Klassensteuer abgenommen werden, weil sie keine zahlen. Unter den Einzelsteuernden, die keine Klassensteuer zahlen, sind übrigens auch arme Männer, nicht blos Gesinde 2c., wie die Statistik, die jetzt von dem statistischen Bureau herausgekommen ist, zeigt. Im Gegensatz zu Herrn v. Zedlitz betone ich, daß die Staatsregierung und ihre Organe vor den Reichstagswahlen dem Lande versprochen haben, die neuen Steuern nicht etwa zur Deckung der Militärausgaben oder des Deficits zu geben, sondern lediglich zur Entlastung der directen, für das neue Unterrichtsgesetz, für die Verbesserung der Lehrergehälter u. s. w. Ich bitte, den Passus meiner Rede, der die „Provinzial-Corresp." betrifft, mit der gleichzeitigen Erwiderung des Herrn v. Zedlitz genau zu vergleichen; wer dann behauptet, ich hätte unrichtig und incorrect, Herr v. Zedlitz richtig und correct dargestellt, dem reiche ich die Palme.

Abg. v. Minnigerode: Herr von Meyer nimmt nach wie vor einen streng freihändlerischen Standpunkt ein (Sehr richtig! rechts) und zieht demgemäß nicht die ganze Consequenz der neuen Wirthschafts- und Finanz-Gesetzgebung. Der Versuch jener Seite, seinen Standpunkt mit den Altconservativen in eine Linie zu stellen, wird dadurch widerlegt, daß die große Geschlossenheit der großen conservativen Partei hier im Hause in den Debatten bewiesen hat, daß von diesem alten Unterschiede zur Zeit gar keine Rede mehr sein kann. (Bravo! rechts.) Wir haben diesen Fehler reparirt, während augenblicklich gerade in der nationalliberalen Partei die Wunde weit klafft. (Sehr gut! rechts.) Während nun Herr v. Meyer die Zustimmung zu dem dauernden Erlaß der 14 Millionen erst davon abhängig machen will, daß neue Steuern im Reiche dafür flüssig gemacht werden, sind wir davon ausgegangen, daß die zur Zeit steigenden preußischen Finanzen wie die im Reiche und die bevorstehende Reform in Preußen uns vollständig

über die Schwierigkeit der 14 Millionen hinweghelfen werden. Und wenn Herr von Meyer bezweifelte, ob sich im Reichstage eine Mehrheit für Bewilligung neuer Steuern finden würde, so erkennen wir wiederum auf diesem Gebiete eine absolute Solidarität zwischen den Reichstagsfractionen der Rechten mit den Fractionen der Rechten in diesem Hause an. Herr von Meyer wird nach der Anerkennung, die er bei Herrn Rickert gefunden, hoffentlich seinem Wunsche nachgeben und bei der Abstimmung in dritter Lesung mit ihm und uns mit Ja votiren. — Das Verlangen des Herrn von Zedlitz, die untersten Steuerstufen vollständig zu befreien, wird bei Gelegenheit des Verwendungsgesetzes besprochen werden können. Wir werden uns jedenfalls diesem Gedanken gegenüber nicht absolut negirend verhalten. Im Uebrigen mußte Herr von Zedlitz, da er mit Recht die augenblickliche Besserung der preußischen und der Reichsfinanzen anerkannte, gerade für den dauernden Steuererlaß stimmen. In die weitere materielle Verhandlung werde ich heute nicht mehr eintreten. (Beifall rechts.)

Die Generaldiscussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich erkenne zunächst an, daß der Vorwurf des Abg. v. Minnigerode begründet ist: ich bin ein Freihändler (sehr gut! links) und habe die Schwenkung nicht mitmachen können, die meine verehrten Fractionsgenossen vor einigen Jahren machten. Es war mir zu unvermittelt. Trotzdem will ich mich jetzt bei dem bestehenden Zollsystem beruhigen und dieses System nicht etwa im Einzelnen mit dem Abg. Richter abzubrechen versuchen. Dann antworte ich dem Abg. Rickert, daß mich zunächst in der That einige Besorgniß beschlichen hat bei seinen anerkennenden Aeußerungen. Ich fürchte danach doch beinahe, ich bin nicht auf dem richtigen Wege (Heiterkeit); indessen ich will doch bei meinem Votum stehen bleiben. Mit meinem Votum schwenken möchte ich nicht gern. Wenn mich der Abg. Rickert aber gefragt hat, warum ich nicht über das Existenzminimum im Jahre 1874 hier meine Weisheit zu Tage gefördert hätte, so wird er mich wohl entschuldigen. Ich bin in den Jahren 1873 bis 1876 nicht hier im Hause gewesen. Der Schatten des Culturkampfes fiel auch bis in meinen Kreis, und man hatte einem Theil seiner stockprotestantischen Bevölkerung — von jener Seite (links) her wahrscheinlich — eingeredet, ich sei katholisch geworden. Deshalb wählte man mich nicht wieder, ich konnte also bei der Steuerdebatte nicht mithelfen.

Das Steuererlaßgesetz wird den Beschlüssen der zweiten Lesung gemäß angenommen.

Beim Etat der directen Steuern beantragt Abg. Dirichlet, die Staatsregierung zu ersuchen, bei Beginn der nächsten Session dem Landtage eine nach Stadt und Land gesondert aufgestellte tabellarische Uebersicht vorzulegen, aus welcher die procentualische Zu- oder Abnahme der Bevölkerung und der Klassen- und klassificirten Einkommensteuer auf der einen Seite und diejenige der Gebäudesteuer und der Zahl der steuerpflichtigen Gebäude andererseits nach Provinzen, Regierungsbezirken und Kreisen (Aemtern) vom Jahre 1863 ab bis zur letzten Veranlagung ersichtlich ist. Der Antragsteller motivirt diesen Antrag unter Hinweis darauf, daß derselbe nach keiner Richtung hin präjudicire, andererseits aber bedeutende Mißstände eine solche Uebersicht, wie sie sein Antrag verlange, erheischten.

Regierungs-Commissar, Generalsteuerdirector Burghart, bittet um die Ablehnung des Antrages, da derselbe die Regierung mit einer ganz außerordentlichen Arbeit belasten und ein ziemlich unbrauchbares Zahlenmaterial zu Tage fördern werde.

Beim Etat der Bergwerks-Verwaltung erinnert Abg. Rickert auf die auf seine Anregung hin seiner Zeit von dem Minister für öffentliche Arbeiten in der Angelegenheit des „Neunkirchener Tageblattes“ abgegebene Erklärung, wonach derselbe in dieser Sache Bericht einfordern werde, und demnächst dem Hause Auskunft zu ertheilen bereit sei. Eine inzwischen durch die Zeitungen gegangene Erklärung besage, daß der Minister den Bescheid bereits ertheilt habe und zwar in einem völlig correcten Sinne. Unklar in diesem Bescheide sei ihm — dem Redner — nur der Passus gewesen, daß das Lesen innerhalb der Gruben nach wie vor verboten sei. Er hoffe, daß sich dieses Verbot nicht auf das „Neunkirchener Tageblatt“ beziehe.

Minister Maybach: Ich halte es für meine Pflicht, ausführlich mitzutheilen, was ich in der Angelegenheit im Einvernehmen mit dem Minister des Innern an die Bergwerks- und Eisenbahnbehörden verfügt habe; der Abg. Rickert wird daraus ersehen, daß der Standpunkt, wie er ihn präcisirt hat, durchaus correct eingenommen ist, und daß ich nach keiner Seite habe dulden wollen, daß die Verkehrs- und Betriebsbehörden Functionen politischer Behörden, Functionen der Landespolizeibehörden übernehmen. (Beifall links.) Die Verfügung lautet in dem betreffenden Theil wie folgt: „Dem erstatteten Berichte zufolge ist die königliche Bergwerks-Direction bei dem Vorgehen mit der Bekanntmachung vom 1. November v. J., welche den Gegenstand der Beschwerde bildet, in Uebereinstimmung mit der Auffassung „des zur Bekämpfung socialdemokratischer Agitationen eingesetzten Comites der Arbeitgeber im Saargebiete“ von der Annahme ausgegangen, daß das „Neunkirchener Tageblatt“ „socialdemokratische Tendenzen“ an den Tag gelegt habe — andererseits aber von der Erwägung geleitet gewesen, daß es geboten erscheine, im Sinne der Verständigung vom 6. Juli 1877 mit den Privatunternehmern in dortigen Industriebezirken solidarisch zu stehen, um beim Wiederhervortreten socialdemokratischer Bestrebungen, wenn ein solches wahrnehmbar wird, alsbald mit gemeinsamen Maßnahmen dagegen einzuschreiten und erneuerten Versuchen die verwerflichen Anschauungen dieser Richtung in der Arbeiterbevölkerung zu verbreiten, mit Aussicht auf Erfolg begegnen zu können. Ich kann es nur billigen, wenn die königliche Bergwerksdirection dieser mit dem Ziele des Reichsgesetzes vom 21. October 1878 zusammenfallenden Aufgabe fortdauernd volle Aufmerksamkeit zuwendet und solche in energischem Zusammenwirken mit den Privatunternehmern zu erfüllen bestrebt bleibt.

In Beziehung auf die dieserhalb zu treffenden Maßnahmen haben aber die Staatsbehörden, welche mit der Leitung der fiscalischen Betriebs-Unternehmungen und Verkehrsanstalten im Saargebiet betraut sind, noch andere Gesichtspunkte ins Auge zu fassen, wie die Privatwerkbesitzer. Während es den Letzteren nicht verwehrt ist, innerhalb der allgemeinen gesetzlichen Schranken nach eigenem besten Ermessen zu verfahren, hatte für die Betriebsbehörden in Betracht zu kommen, daß seit dem Zustandekommen des erwähnten Abkommens durch das gedachte Reichsgesetz unter den dort bestimmten Voraussetzungen in besonderer Weise den Landespolizeibehörden das Einschreiten gegen socialdemokratische Bestrebungen, namentlich auch gegen Erzeugnisse der Presse, in welchen solche Bestrebungen zu Tage treten (§§ 11 fg. a. a. O.) zugewiesen ist. Wie alle anderen königlichen Behörden, so haben auch selbstverständlich die Betriebsbehörden des Staates der zuständigen Landespolizeibehörde in Beziehung auf die Ausführung jenes Reichsgesetzes ihre Unterstützung zu gewähren, wo dies zur Sicherung der Zwecke angezeigt erscheint. Dieselben würden aber über ihre Aufgabe hinausgehen, wollten sie selbstständig an die Stelle der Landespolizeibehörden Maßnahmen treffen, die in die Sphäre der Letzteren fallen. Im vorliegenden Falle hat die königliche Regierung zu Trier, nachdem sie von dem fraglichen Comitebeschlusse und dem Vorgehen der königlichen Bergwerksdirection Kenntniß erlangt hatte, „gleichwohl in dem Verhalten des „Neunkirchener Tageblattes“ keinen genügenden Anlaß gefunden, gegen dieses Blatt die einschlägigen Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 21. October 1878 in Anwendung zu bringen.

Die Bekanntmachung vom 1. November v. J. greift nach dem Vorstehenden über die Obliegenheiten einer Staatsbetriebsbehörde insoweit hinaus, als das darin enthaltene Verbot sich nicht auf den Bereich der dortigen Betriebsstätte beschränkt, innerhalb welcher die Bergwerksdirection zu Saarbrücken das Erforderliche zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disciplin zu bestimmen hat, sondern darüber hinaus das Halten und Lesen des in Rede stehenden Blattes überhaupt — also auch außerhalb der Arbeitsräume — der Belegschaft untersagt und sich außerdem gegen den Besuch von Wirthshäusern richtet, in welchen das Blatt offen liegt. Zur Fernhaltung des Letzteren von den Arbeitsstätten, bezw. des Lesens desselben daselbst war die kgl. Bergwerksdirection zu Saarbrücken zweifellos befugt, und ich würde es nicht für unbedenklich, sondern im Interesse der Ordnung und eines ungestörten freundlichen und friedlichen Verhältnisses zwischen den Arbeitern und den Arbeitgeber für nützlich erachten, wenn öffentliche Blätter und deren Lectüre überhaupt von der Betriebsstätte, ohne Unterschied der Richtung, welche die Blätter verfolgen, ferngehalten werden. Es ist dann am Schlusse der Behörde aufgegeben worden, daß sie ihren Anschlag entferne und in Zukunft nach dieser Anweisung verfahren solle. Die gleiche Anweisung ist auch an die Eisenbahndirectionen ergangen, und ich kann nur wiederholen, daß ich im vollsten Einverständniß mit dem Herrn Minister des Innern in diesem Falle durchaus correct gehandelt zu haben glaube.

Abg. Rickert: Aus den heutigen Erklärungen des Ministers ziehe ich die Consequenz, daß er ebenso bereit ist, gegen diejenigen Beamten einzuschreiten, die ihre Befugnisse in unerhörter Weise überschreiten. Unter den zu meiner Kenntniß gekommenen Thatsachen will ich nur die eine erwähnen, daß ein Eisenbahnbeamter den Frauen der Arbeiter das Austragen des „Neunkirchener Tageblattes“ verboten hat. Ich nehme an, daß der Minister den betreffenden Beamten ebenso rectificiren wird, wie er es in diesem Falle in anerkennenswerther Weise gethan hat. (Der Minister schweigt.)

Es folgt der Etat der Eisenbahnverwaltung.

Abg. Büchtemann: Wie Ihnen bekannt sein wird, beabsichtigte die Regierung einen gemeinschaftlichen Tarif für alle Staatsbahnen herauszugeben. In der Budgetcommission beantragte ich zur Zeit, daß die Staatsregierung in einer Denkschrift die aus der Umgestaltung des Tarifs hervorgehenden Aenderungen und deren Wirkungen für die einzelnen Directionsbezirke darlegen möge. Wennngleich diese Untersuchungen nach der Erklärung der Staatsregierung noch nicht abgeschlossen sind, möchte ich mir doch die Frage an den Herrn Minister erlauben, ob dieselben nicht schon jetzt ergeben haben, daß durch die Reformen wahrscheinlich eine Herabminderung der Einnahmen erfolgen wird, und ob er deshalb die betreffenden Aenderungen bis zum nächsten Landtag hinausschieben wird, oder ob er beabsichtigt, sie vorher einzuführen. Meine zweite Anfrage bezieht sich auf die Aufhebung des billigen Getreidetarifs, der von Hamburg nach Rheinland und Westfalen seit dem 1. März 1879 eingeführt ist. Derselbe ist namentlich bestimmt, das überseeische und russische Getreide, welches von Lübeck kommt, auf der Staatsbahn zu befördern. Nun hat die Staatsbahnverwaltung diesen am 15. Februar 1880 aufgehoben, dagegen denselben Tarif für die Weserhäfen bestehen lassen, wodurch der Satz pro Centner und Meile für das Getreide von Bremen und den Weserhäfen um ⅓ billiger ist als von Hamburg. Es hat diese Aufhebung besonders in der Presse Widerspruch erfahren, und ich habe Gründe für diese Maßregel nicht ausfindig machen können. Es würde mir also von Interesse sein, zu wissen, aus welchen Gründen diese Maßregel allein gegen Hamburg gerichtet ist, und ob es die Absicht ist, die Vexationen, die auf vielen anderen Gebieten gegen Hamburg losgelassen sind, jetzt auch auf das Eisenbahngebiet zu übertragen. Ich kann mir das kaum denken, weil die intendirte Maßregel sogar gegen die fiscalischen Interessen sich richtet, und möchte die Staatsregierung deshalb um Aufklärung bitten.

Ministerialdirector Schneider: Schon in der Budget-Commission ist erklärt worden, daß die Regierung beabsichtigt, eine größere Gleichmäßigkeit der Tarife herbeizuführen. Die Vorerhebungen dazu sind aber noch nicht abgeschlossen. Der Ausnahmetarif von Hamburg ab ist aus dem Grunde aufgehoben worden, weil er nicht nöthig war, denn es ist fast nichts nach diesem Tarif befördert worden. In vier Monaten, vom Juni bis September, sind nur 20 Wagenladungen nach den Stationen von Hamburg aus befördert worden, auf welche der Tarif Geltung hatte. Der Tarif charakterisirte sich als ein Differentialtarif, und da er unnütz war, ist er beseitigt worden, denn es besteht gewiß kein Interesse, unnütze Differentialtarife aufrecht zu erhalten.

Abg. Büchtemann: Meine eigentliche Frage ist unbeantwortet geblieben; ich hatte gefragt, ob die Absicht bestehe, schon vor dem Zusammentritt des Hauses im nächsten Jahre an die Aenderung der Tarife zu gehen, oder erst, nachdem die betreffende Denkschrift vom Hause berathen sein wird. Was die Aufhebung des Tarifs von Hamburg aus betrifft, so frage ich, warum ist denn derselbe Tarif nicht auch von Bremen aus aufgehoben worden? Es ist ja möglich, daß durch eine besondere Conjunctur gerade in den vier Monaten, die der Regierungs-Commissar angeführt hat, eine geringere Beförderung von Gütern nach dem Tarif stattgefunden hat, das schließt aber nicht aus, daß auf Grund einer anderen Conjunctur eine größere Benutzung dieses Tarifs stattfindet. So ist die Frage entschieden worden, ehe die Erhebungen über die Wirksamkeit des Tarifs geschlossen worden waren.

Ferner liegt zu diesem Etat ein Antrag des Abg. Büchtemann vor, folgende Beamten-Kategorien in Zukunft nicht diätarisch, wie beabsichtigt, sondern etatsmäßig anzustellen, und deshalb den bezüglichen Vermerk im Etat wegfallen zu lassen: Billetdrucker, Kassendiener, Portiers, Weichensteller und Brückenwärter, Bahnwärter, Magazin- und Nachtwächter, Heizer und Maschinenwärter, Bremser, Schmierer.

Abg. Büchtemann: Es handelt sich bei meinem Antrage darum, ob 20,000 Unterbeamte nach wie vor etatsmäßig oder nur diätarisch angestellt werden sollen. Mit der Frage der Verstaatlichung der Bahnen hängt diese Angelegenheit direct nicht zusammen, denn die betreffenden Beamten waren bisher sowohl bei den Staatsbahnen, wie bei den Privatbahnen, etatsmäßig angestellt. Ich halte es für nothwendig, daß diese Beamten etatsmäßig angestellt sind, weil sie einen directen Einfluß auf die Sicherheit des Betriebes haben und weil ihnen zum Theil die Handhabung der Bahnpolizei obliegt, und es also nöthig ist, daß sie ihre Beamtenqualität im vollen Maße zur Geltung bringen können. Ferner vermeidet man durch etatsmäßige Anstellung, daß diese Beamten bei günstiger wirthschaftlicher Conjunctur durch hohe Löhne verlockt, zu einem anderen Beruf übergehen. Auch den Bestrebungen der Socialdemokratie werden dieselben, wenn sie sich als etatsmäßig angestellte Beamte fühlen, weniger zugänglich sein. Die Nothwendigkeit, die Gehälter dieser Beamten nach örtlichen Verhältnissen zu modificiren, erkenne ich an, das läßt sich aber auch bei etatsmäßiger Anstellung erreichen, wenn man die Gehälter nach Directions-Bezirken oder nach Strecken verschiedenfach regelt. Durch dasselbe Mittel kann man auch den Zweck erreichen, einzelne Kategorien der Beamten höher zu besolden, als es jetzt der Fall ist. Ich halte es auch nicht für unrichtig, daß die etatsmäßig angestellten Beamten vor der zu großen bureaukratischen Beeinflussung ihrer Vorgesetzten mehr geschützt sind, als die nur diätarisch beschäftigten.

Abg. v. Tiedemann: Die Budgetcommission hat mit großer Mehrheit den Antrag des Abg. Büchtemann abgelehnt. Die Behauptung, daß die Beamten in Zukunft schlechter gestellt sein würden als jetzt, ist auch in der Commission schon widerlegt worden. Die Beamtenqualität derselben bleibt auch nach wie vor dieselbe, und was die disciplinäre Gewalt der Vorgesetzten über diese Unterbeamten anlangt, so glaube ich, daß gerade die diätarische Beschäftigung zur Stärkung derselben beiträgt und daß diese Beamten zur Erfüllung ihrer Pflicht, von der die Sicherheit des Betriebes abhängt, auf diese Weise mehr angehalten werden können. Die Hereinziehung politischer Motive hätte ich am wenigsten von jener Seite erwartet, die selbst immer betont, daß man Niemanden Motive unterschieben dürfe, die man nicht beweisen kann. Im Interesse der Sache und des Landes liegt es gewiß nicht, eine solche Agitation in Beamtenkreise hineinzutragen, in denen sie noch nicht vorhanden ist. Bitte, lehnen Sie den Antrag ab.

Reg.-Commissar Geh. Rath Brefeld: Es liegt der Regierung daran, daß die betreffenden Beamtenkreise die Ueberzeugung behalten, daß ihr Wohl der Verwaltung am Herzen liegt; bis jetzt sind sie zufrieden, Beschwerden sind an uns noch nicht gelangt, ob es in Zukunft geschehen wird, bleibt abzuwarten. Dann bemerke ich auch, daß es sich nicht um 20,000 Beamte, sondern nicht ganz um 10,000 handelt. Schlechter gestellt werden die Beamten durch die diätarische Anstellung nicht. Sie sind eigentlich ihrer mechanischen Beschäftigung nach nur Arbeiter, aber weil die Sicherheit des Betriebes von ihnen zum Theil abhängt, hat man ihnen die Beamtenqualität gegeben; doch sind sie überall sowohl an den Privatbahnen wie an den Staatsbahnen auf Kündigung angestellt. Unrichtig ist es auch, daß diese Beamten überall etatsmäßig angestellt seien, bei vielen Privatbahnen und einigen Staatsbahnen ist es nicht der Fall. Keine Eisenbahnverwaltung hat aber diese Beamten so günstig gestellt, als die staatliche. An den Privatbahnen sind sie von der Willkür der Direction abhängig; an den Staatsbahnen können sie nur durch einen Beschluß des Directoriums gekündigt werden, und gegen diesen Beschluß steht noch die Beschwerde an den Minister frei. Von Willkür ist also keine Rede. Die administrative Regelung dieser Beamtenverhältnisse hat vor der etatsmäßigen Anstellung den Vorzug, daß die Gründe der Billigkeit und der gerechten Vertheilung besser berücksichtigt werden können. Der Herr Minister hat aber auch selbst schon erklärt, daß, wenn die geplante Neuerung sich nicht bewähren sollte, dann er sie ohne jede Anregung wieder aufheben werde.

Abg. Büchtemann: Wie so der Herr Regierungscommissar zu der Behauptung kommt, es handle sich nicht um 20,000, sondern um kaum 10,000 Beamte, ist mir unverständlich. Meine Zahl ist richtig, vielleicht hat er nur die Beamten der alten Staatsbahnen im Auge gehabt. Daß keine Beschwerden einlaufen, begreife ich sehr gut. Die angestellten Beamten haben keinen Grund, sich zu beschweren, und die, die eben erst angestellt werden wollen, werden sich wohl hüten. Da finanzielle Motive bei der Absicht der Regierung nicht nachzuweisen sind, so muß man nach anderen suchen und die können nur auf dem politischen Gebiet liegen. Von einer strammeren Anziehung des bureaukratischen Zügels zeugt auch der Erlaß des Ministers, durch welchen den Eisenbahnbeamten Publicationen in der Presse untersagt werden. Mit der immerwährenden Versicherung des Wohlwollens ist nichts gethan.

Reg.-Comm. Geh. Rath Brefeld: Nach dem Erlaß von 1878 ist nur angeordnet, daß Bahnbeamte Publicationen vor ihrer Veröffentlichung der Centralstelle unterbreiten; das ist eine ganz natürliche Anforderung. Es wurde in der Presse vielfach derartigen Publicationen ein officiöser Charakter beigelegt; man glaubte, daß sie die Auffassung der Centralstelle wiedergäben, von der sie in Wahrheit sehr abwichen; es kann nicht in unserer Absicht liegen, Publicationen der Beamten zu hindern; sie sind uns sogar im Interesse der Wissenschaft sehr erwünscht.

Abg. Dr. Windthorst: Im Allgemeinen ist die Eisenbahnverwaltung zu sehr bestrebt, die diätarische Beschäftigung einzuführen; ich kann diese Tendenz nicht billigen; eine Reihe der hier genannten Beamten kann ohne Schädigung des Dienstes gewiß diätarisch beschäftigt werden, sicher aber nicht Weichensteller, Heizer und Bahnwärter, von denen die Sicherheit des Betriebes abhängt. Man hätte daher im Antrage eine Unterscheidung eintreten lassen können; ich kann momentan eine solche Modification nicht eintreten lassen und werde daher jetzt für den Antrag stimmen.

Abg. Richter: Steht die Veranlassung der Broschüre über das Secundärbahnwesen in irgend einem zu billigenden Zusammenhange mit einer so generellen Verordnung? Die Frage der Secundärbahn ist sehr schwierig, so daß wir Belehrung darüber aus dem Kreise von Fachmännern nur immer wünschen können. Es ist auch nicht richtig, zu sagen, die Unterbeamten der Privatbahnen hätten auch Grund, sich zu beschweren. Ist das der Fall, so müssen wir uns bemühen, auch diesen Beschwerden Abhilfe zu verschaffen. Jetzt beschäftigen uns die Staatsbahnen, weil wir den Etat zu berathen haben. Der Antrag bezweckt nur eine geplante Veränderung auszuschließen und den bestehenden Zustand aufrecht zu erhalten.

Minister Maybach: Der Vorredner hat vergessen, daß ich schon bei zweiter Lesung erklärt habe, daß die Anstellungsverhältnisse durch diese Maßregeln nicht afficirt werden. Die Beamten sind bis jetzt im Kündigungsverhältniß angestellt und das bleibt bestehen. Eine schlechtere Stellung tritt auch nicht ein; an den Privatbahnen sind keineswegs bessere Verhältnisse. Ich könnte Ihnen eine Masse Petitionen zum Beweise dafür anführen. Den Vorwurf weise ich weit von mir ab, als ob ich die freie Meinungsäußerung der Beamten über Fachgegenstände unterdrücken wollte. Ich habe die Grenze dessen nicht überschritten, was zur Handhabung einer richtigen Disciplin und der Verwaltung unbedingt gefordert werden muß. Es sind aber Publicationen erfolgt, die weit über das Fachinteresse hinausgehen, so über die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes und die Ausbildung der Secundärbahnen. Die letztere Broschüre gab directe Veranlassung zu meinem Erlasse, weil ich in der Presse als der Verfasser vermuthet wurde. Es entstanden dadurch eine Masse Schreibereien, Anfragen und Aufregung in den Gegenden, welche Secundärbahnen erwarteten. Nur um das zu vermeiden, habe ich angeordnet, daß derartige Publicationen der Centralstelle vorher einzureichen seien. Den Vorwurf, daß ich den Beamten verbiete, über Fachgegenstände zu schreiben, weise ich von mir ab. (Beifall rechts.)

Abg. v. Minnigerode: Das wiederholte Sturmlaufen von jener Seite macht den Eindruck, als solle aus dem Kreise einer kleinen Partei gerade Interesse für eine weitverzweigte Beamtenkategorie gezeigt werden. Ich sage nicht, was Ihre Absicht ist, aber den Schein vermeiden Sie durch diesen Sturmlauf nicht, den nur Sie in der Fortschrittspartei machen. Der Herr Minister hat eben ausgeführt, daß auch von der linken Seite, auch von der Fortschrittspartei im vorigen Jahre diese Maßregeln, die Sie anfechten, unbeanstandet geblieben sind. Da war es Zeit, und jetzt auf einmal sehen Sie einen so wesentlichen Punkt, der zur Entscheidung drängt. Nun gestehe ich zu, daß man in Bezug auf die Anstellung dieser Beamten verschiedener Meinung sein kann, namentlich ob man diese freie Bewegung der Regierung zugestehen kann. In der Budgetcommission sind wir aber in großer Mehrheit der Meinung gewesen, daß wir uns vor Ueberstürzung zu hüten haben, und daß wir, nachdem wir einen Weg gegangen sind, nicht leichtsinniger Weise in diesem Jahre den entgegengesetzten beschreiten sollen. Im Uebrigen verstehe ich nicht, wie der Abg. Richter aus diesen Maßregeln einen Angriff auf das Staatsbahnsystem herleiten kann. Einmal ist doch die Controle der Landesvertretung keine größere, ob eine feste Anstellung oder nur ein vorübergehendes Verhältniß vorliegt. Dann haben Sie im vorigen Jahr das Haus in dieser Stellung bestätigt, die es heute in dieser Frage einnimmt. Ich weiß nicht, wie man eine Polemik gegen Einführung des Staatsbahnsystems hier einflechten kann. Der Abg. Richter ist so weit gegangen, daß er sogar die Eisenbahn-Unglücksfälle hineingezogen hat, ohne gleichzeitig zu beweisen, daß auf Staatsbahnen mehr Unglücksfälle vorgekommen sind als bei den Privatbahnen. Man will vielleicht unwillkürlich und ohne bestimmte Absicht einen Eindruck gegen die Staatsbahnen hervorbringen. Dann möchte ich aber den Personen aus dem Lande, die sich mit ihren Klagen so lebhaft an den Abg. Richter wenden, andeuten, ob sie an die richtige Adresse gehen. Denn zweifelhafte Klagen, die nicht unmittelbar durchdringend in die Augen springen, werden doch nicht so wohlwollende Beurtheilung finden, wenn sie aus der Mitte der Fortschrittspartei vorgebracht werden (Sehr wahr! rechts), als wenn sie aus dem Kreise der Partei kommen, die im Allgemeinen die staatlichen Verhältnisse wohlwollend zu beurtheilen geneigt ist. Ich glaube, daß die Herren ihren Beschwerden nur schaden, wenn sie der Agitationspartei die Führung ihrer Sachen in die Hand geben. Wir werden aus diesen Gründen zur Zeit auf den Antrag Büchtemann nicht eingehen. (Beifall rechts.)

Abg. Rickert: Sachlich weiß Herr v. Minnigerode über die Beschwerde der Herren Büchtemann und Richter und auch über die meinige Nichts zu sagen, er will nur den betreffenden Beamten erklären, daß unsere Beschwerden auf jener Seite keine wohlwollende Berücksichtigung finden, daß sie besser thäten, sich an ihn zu wenden. Wenn das nicht Wahlpolitik ist, dann weiß ich nicht, was Wahlpolitik ist. Das Land soll wissen und selbst den Schluß ziehen, was es von denjenigen Herren zu erwarten hat, die in diesem Sinne seine sachlichen Beschwerden behandeln. Aus dem Einverständniß des Herrn Windthorst mit uns schließe ich, daß, wenn wir zu geeigneter Zeit mit ihm und seinen Freunden uns geeinigt haben, ein Beschluß zu Stande kommt, der die Interessen jener Beamten in unserem Sinne zu wahren vermag.

Abg. Richter: Ich kann dem Minister bestätigen, daß die nächste Veranlassung zu dem allgemeinen Rescript eine Schrift über die Entwickelung des Secundärbahnwesens war, wenn ich nicht irre, für Ostpreußen oder den ganzen Staat. Steht aber diese Veranlassung in irgend einem Verhältniß zu einem so generellen über die Frage der Eisenbahn-Anlagen weit hinausgehenden Rescript? Ich muß es auch sehr bedauern, daß es den Eisenbahn-Beamten verschränkt ist, Ansichten zu äußern über das Secundärbahnwesen in dieser oder jener Richtung. In der so schwierigen Frage des Secundärbahnwesens sollte man sich freuen, möglichst viel freiwillige Mitarbeiter zu bekommen. Der Minister stellt es so dar, als wenn das Rescript nur zur Aufrechterhaltung der Disciplin erlassen wäre. Aber die in ihrem Fortkommen von dem Minister abhängigen Beamten werden sich hüten, Privatarbeiten zu veröffentlichen, die die Disciplin untergraben können. Wenn sie über die Organisation, über neue Eisenbahnanlagen und über das, was die Centralverwaltung zu entscheiden hat, nicht schreiben dürfen, dann weiß ich, was an Fragen übrig bleibt, die ein Verleger für rentabel genug halten wird.

Wenn der Minister ferner auf die angeblich gerechtfertigten Beschwerden der Privatbahn-Unterbeamten hinweist, so helfe man denselben doch ab. Wollen wir hier etwa blos die Beschwerden der Staatsbahnen besprechen, ohne uns um die der Privatbahnen zu kümmern? Welch eine kleine Auffassung hat der Herr Minister von der Stellung der Abgeordneten in dieser Frage. Die Staatsbahnen gehen uns jedenfalls als Abgeordnete an, da wir den Etat der Staatsbahnen festzustellen haben. Es ist nun gesagt, das sei ja Alles im vorigen Jahre festgestellt. Formell ist das zwar richtig, aber ich erinnere Sie daran, wie es in dieser Beziehung im vorigen Jahre zugegangen ist. Es lag ein Eisenbahnetat vor, inzwischen waren die Gesetze, betreffend die Verstaatlichung, angenommen, die ganz stückweise kamen, die letzten erst im Februar; und in den allerletzten Tagen, als die Koffer gewissermaßen schon gepackt waren, wurde ein ganz neuer Eisenbahnetat mit verschiedenen Aenderungen in den Grundsätzen über das Beamtenwesen vorgelegt. Wenn dieser nun auch in der Budgetcommission berathen worden ist, so glaube ich mich ganz bestimmt zu entsinnen, daß im Drange der Geschäfte am Schluß der Session dieser Etat damals nicht die Beachtung gefunden hat, die er nach seiner Bedeutung verdient. Man hat gesagt, das kann ja im nächsten Jahre vielleicht geändert werden. Wenn wir wirklich im vor. Jahre solche Einrichtungen getroffen haben, — nun dazu hat man ja einjährige Etats! Kommt man in Zweifelsfällen später zu einer besseren Meinung, so ändert man wieder den Beschluß. Das geschieht ja in allen übrigen Etats von Jahr zu Jahr.

Es handelt sich ja bei dem Antrag Büchtemann nur darum, eine Abänderung des bisherigen Zustandes auszuschließen. Die Stellung dieser Beamtenklassen steht in einem gewissen Zusammenhange mit der Betriebssicherheit, wie dies auch von der Regierung anerkannt worden ist. Ich kann dem Abg. von Minnigerode für seine Offenheit nur dankbar sein. Der Himmel behüte uns vor einer Regierung nach seinem Ideale, welche ihre Ohren den Klagen von der linken Seite verschließen soll. Hätten sich die Interessenten des „Neunkirchener Tageblattes“ an Herrn von Minnigerode gewendet, die Cirkel des Herrn Stumm wären nicht gestört worden. Die Maßregel des Ministers Maybach beweist, daß wir noch nicht eine so schlechte Parteiregierung haben. Wenn sich Leute an mich wenden, so schicke ich sie immer zu dem Abgeordneten ihres Kreises, erhalte aber immer die Antwort: Ja, das ist ein conservativer Herr, der kümmert sich nicht um dergleichen. (Große Heiterkeit.) So haben wir für die Herren drüben einen Theil der parlamentarischen Verpflichtungen zu erfüllen. Ich bedauere, daß die Frage durch Herrn von Minnigerode einen politischen Beigeschmack er-

halten hat, freue mich aber, daß die Regierung mit seinen Auffassungen keineswegs einverstanden ist.

Abg. Büchtemann: Der Minister hat früher einmal gesagt, man müsse die von mir beigebrachten Zahlen mit Vorsicht aufnehmen; heute hat sein Commissar selbst Zahlen angegeben, von denen es mir immer noch unklar ist, wie er dieselben rechtfertigen will.

Reg.-Commissar Geh. Rath Brefeld: Ich habe die Zahl der etatsmäßig angestellten und anzustellenden Beamten angegeben, es sind nicht ganz 10,000; die Liste liegt vor mir, der Herr Vorredner kann sie einsehen und sich von ihrer Richtigkeit überzeugen.

Abg. v. Minnigerode: Dem Abg. Richter ist ein eigenthümliches Mißverständniß untergelaufen: er hat mir imputirt, als hätte ich ausgeführt, wir auf dieser Seite des Hauses hätten kein Ohr dafür, wenn von jener Seite Klagen aus dem Publikum hier vorgebracht würden. Ich habe gesagt und ich glaube, ich war kaum mißzuverstehen, daß wenn zweifelhafte Klagen von Beamten durch die agitatorische und demokratische Partei des Hauses vorgebracht werden, dann werden sie bei der vorgesetzten königlichen Behörde — das war der Sinn der Sache — eine objective Beurtheilung erfahren und das wird ewig richtig bleiben.

Abg. Richter: Die letzte Bemerkung kennzeichnet Herrn v. Minnigerode noch weit treffender als die erste.

Abg. v. Minnigerode: Diese Quittung von jener Seite ist mir doppelt angenehm.

Hierauf wird Antrag Büchtemann abgelehnt, der Etat der Eisenbahn-Verwaltung angenommen.

Beim Etat des Abgeordnetenhauses ergreift das Wort der

Abg. v. Ludwig: Es wird hier über so mancherlei gesprochen, über eines ist jedoch noch nie gesprochen worden, das sind wir selbst. Es ist mir nicht erinnerlich, daß ein Redner von dieser Tribüne über das Abgeordnetenhaus das Wort ergriffen hat. Und doch dürfte es nicht unzweckmäßig sein, auch uns einer Kritik zu unterziehen. Bei meiner separaten Stellung im Hause fällt mir wohl die Aufgabe zu, einige Streiflichter auf die Besten und Weisesten der Nation zu werfen. (Heiterkeit.) Ich glaube hiermit zur Sache zu sprechen, denn es ist doch eine wichtige Frage, ob das Land mit Recht eine so große Summe für das Abgeordnetenhaus bezahlt. Wir beschäftigen uns nun einmal mit der Gesetzgebung. Ich will, obwohl ich meine, daß ein gewisser Theil der Mitglieder des Hauses als Laien den einschlägigen Fragen meist gegenüberstehe, doch nicht weiter darauf eingehen, ob wir Ersprießliches geleistet. Was wir geleistet, steht seit nahezu 40 Jahren fest in dem Buche der Geschichte eingeschrieben. Der zweite Theil unserer Aufgabe ist eine kritische Begleitung der Verwaltung des Staates in der Etatsberathung. Hier könnten wir vielleicht erfolgreich wirken, wenn das leidige Parteiwesen nicht wäre. Und ich wiederhole auch mit Rücksicht hierauf, daß zur Selbstkritik nichts geschieht. Ich komme jetzt zu dem Appendix, welches diesem Hause anhaftet, zu der Journalistentribüne. Im Anfang dieser Session habe ich dieses Thema schon weitläufig besprochen und es ist damals kein Widerspruch dagegen laut geworden, daß Remedur nothwendig sei. Das Präsidium hat dann die Frage in Erwägung gezogen und durchberathen, und der Herr Präsident ließ mir schließlich das Protokoll der Berathungen zugehen. In diesem aber stand nur zu lesen, daß in der Sache nichts zu thun sei. Diese Bankerotterklärung der Disciplinargewalt (lebhafter Widerspruch) scheint mir in keiner Weise gerechtfertigt. Die Disciplinargewalt des Präsidiums geht weiter.

Ich erinnere daran, daß von der Journalistentribüne des Reichstages Reporter fortgewiesen sind. Wenn solche Maßregeln auch hier angewandt werden, dann wird der Patient bald genesen. Ich glaube aber auch noch einen bestimmten Vorschlag dem Hause unterbreiten zu können, das ist die Errichtung einer ständigen Commission, der es vornehmlich obliegen muß, die Parlamentsberichte zu controliren und dem Präsidenten Anzeige zu machen, wenn sie etwas Ungehöriges findet. Die Redner, welche in den Berichten schlecht weggekommen sind, werden der Commission schon zur Seite stehen, denn die eifrigsten Leser ihrer eigenen Reden sind die Redner selbst. Nun muß ich aber von den Parlamenten selbst sprechen. In der Verfassung der Türkei, welche dort im fernen Osten vor einiger Zeit gemacht worden ist, war selbst auf Integrität der Vertreter des Volkes gesehen, ohne Makel sollten sie dastehen, um des vollen Vertrauens des Volkes würdig zu sein. Die preußische Verfassung spricht in Artikel 78 nur von dem Verlust des Mandates, wenn ein Kammermitglied ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Staatsdienst in ein Amt mit höherem Rang oder höherem Gehalt tritt. Das Wahlreglement macht sodann in § 29 das Recht zum Mandat davon abhängig, daß der betreffenden Persönlichkeit die bürgerlichen Ehrenrechte auf Grund rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht aberkannt sind. Nun hat sich aber über die Regierung hinaus eine Macht etablirt, die Macht des beweglichen Capitals. Der ehemalige österreichische Minister Schäffle sagt mit Bezug hierauf, es werde jetzt in Europa ungestraft ein Diebstahl betrieben, gegen welchen das Räuberthum des Mittelalters ein edles Metier genannt werden muß. (Rufe: Zur Sache!)

Präsident v. Köller: Ich habe dem Herrn Abgeordneten v. Ludwig in Beurtheilung des Hauses, der Parteien und Personen volle Freiheit gelassen, glaube aber nicht, bei dieser Gelegenheit eine Kritik der Verfassung zulassen zu dürfen. Ich rufe ihn deshalb zur Sache.

Abg. v. Ludwig (fortfahrend): Ich meine hierbei zur Aenderung bestimmte Vorschläge machen zu können. Auch in anderen Staaten finden sich Gesetze, welche für die Integrität der Deputirten Vorsorge treffen. Ich erinnere an das Incompatibilitätsgesetz in Oesterreich. (Rufe: zur Sache!)

Präsident v. Köller: Wenn Sie, Herr Abg. v. Ludwig, ein Incompatibilitätsgesetz einbringen wollen, so steht Ihnen das frei; bei der Berathung des Etats des Abgeordnetenhauses gehört solches nicht zur Sache und ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache. Ich mache Sie zugleich darauf aufmerksam, daß ich im dritten Falle das Haus fragen werde, ob es Ihnen das Wort noch weiter gestatten will.

Abg. v. Ludwig: So will ich denn moralische Lynchjustiz halten, da es mir verwehrt ist, hier auf die Remedur einzugehen. Ich meine, wer, trotzdem er ein Vergehen beging, nicht von dem Strafgesetze betroffen wurde, daß Derjenige von uns als Luft betrachtet und ignorirt werden muß, bis er selbst verschwindet. Wenn Jemand lange Zeit bestrebt war, die Stellung seines Herrscherhauses zu unterminiren, und wer dann, als die politischen Pläne seines Herrschers sich mit denen einer anderen Macht kreuzten, den angestammten Herrscher verließ —

Präsident v. Köller: Herr von Ludwig, ich muß Sie zum dritten Mal zur Ordnung rufen und frage das Haus, ob es Ihnen noch weiter das Wort gestatten will. Es erheben sich darauf im Hause der größte Theil der Conservativen, die Mitglieder des Centrums, unter ihnen jedoch nicht der Abg. Windthorst, von der Fortschrittspartei der Abg. Virchow. Der Präsident erklärt, daß dies die Minderheit sei und entzog dem Abg. Ludwig das Wort.

Der Etat des Abgeordnetenhauses wird darauf genehmigt.

Der Abg. von Bitter beantragt die in zweiter Lesung abgelehnte Forderung für das Regierungsgebäude in Breslau zu bewilligen. Er motivirt dieses, indem er die Baufälligkeit des jetzigen Gebäudes, welches das Bedürfniß eines neuen Gebäudes unabweisbar mache, schildert. Das alte Gebäude drohe mit dem Einsturz. Die Verhandlungen mit dem Magistrat wegen Ueberlassung eines Raumes auf dem Lessingplatz haben zu keinem Resultat geführt, der Matthiasplatz liege zu entfernt, um dort das Gebäude zu errichten.

Abg. Sederin glaubt dem Antrage widersprechen zu müssen. Das Gebäude, welches von der Immobiliengesellschaft erworben werden solle, reiche in keiner Weise aus, denn aus den 47 Miethswohnungen, welche das Gebäude enthalte, könne man keine Bureauräume herstellen. Auch der Umbau zu Gewölben für die Kassenräume stoße auf Schwierigkeiten. Dem gegenüber meint Finanzminister Bitter, daß es keinem Zweifel unterliege, daß das Gebäude der Immobiliengesellschaft zum Regierungsgebäude werde eingerichtet werden können. Für alle gegentheiligen Behauptungen, sowie dafür, daß die Regierung zu theuer zu kaufen gedenke, fehlten die nöthigen Beweismittel.

Abg. Meyer (Breslau) glaubt auf Grund eingezogener Informationen dem Hause die Bewilligung empfehlen zu sollen; Krankheiten der Augen und der Athmungsorgane seien in dem alten Gebäude chronisch geworden; außerdem sei es feuergefährlich bedeutend. Die Kosten der Einrichtung des zu erwerbenden Gebäudes seien nicht übermäßig.

Abg. Franz weist darauf hin, daß die fünf in Rede stehenden Grundstücke mit 1,297,000 M. zu Buch ständen, aber nur 49,589 M. eintragen, so daß ihr wirklicher Capitalwerth zu 5 Procent berechnet, sich auf circa 990,000 M. belaufe. Es sei der geforderte Preis, trotzdem die Grundstückspreise zurückgegangen seien, doch etwas zu hoch. Die Hauptsache sei jedenfalls die Wohnung für den Regierungspräsidenten, der sich schon 20 Wohnungen ausgesucht habe. (Hört!)

Trotzdem der Finanzminister Bitter entschieden in Abrede stellte, daß die Dienstwohnung ausschlaggebend sei, wird der Antrag von Bitter mit großer Mehrheit abgelehnt.

Um 4¼ Uhr wird die weitere Berathung des Etats bis Dinstag 11 Uhr vertagt.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 163. Königl. Preuß. Klassen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 31. Jan. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

48 94 107 201 6 63 315 57 68 97 (300) 423 (1500) 54 503 (300) 701 43 87 (600) 803 98 916 54 59 **1**005 (300) 201 22 58 305 26 59 401 14 57 64 610 700 98 805 81 944 **2**104 46 74 275 (3000) 99 (600) 303 437 90 507 17 21 46 72 633 52 83 (1500) 700 6 (300) 10 812 **3**055 77 (300) 116 63 (3000) 70 (300) 205 8 52 56 381 420 36 (300) 68 94 621 (300) 22 60 711 14 33 34 35 57 88 823 57 907 17 23 35 (300) 71 **4**020 71 253 333 447 528 67 73 (1500) 85 615 37 39 66 701 8 60 86 **5**050 (300) 156 (3000) 243 67 324 622 (300) 702 19 982 **6**058 116 21 69 215 (1500) 38 65 78 300 (1500) 31 52 54 61 471 90 533 61 87 (300) 635 71 (3000) 73 (1500) 709 55 67 80 814 88 918 (1500) 67 74 92 98 **7**042 234 313 17 633 75 718 82 85 92 865 914 **8**046 227 37 444 83 96 564 608 714 81 800 (300) 64 907 **9**019 (600) 40 (300) 60 73 109 234 331 89 500 94 661 88 (3000) 790 847 969 87.

10,011 16 (300) 44 86 171 91 (300) 378 96 420 33 47 777 (3000) 79 805 98 (300) 983 93 **11**,080 176 94 (3000) 256 (300) 80 91 356 416 98 510 800 924 45 **12**,001 7 11 77 83 92 257 86 95 319 (3000) 437 520 693 99 728 54 74 818 (1500) 39 908 **13**,015 36 (300) 67 113 19 47 74 (300) 211 71 (300) 82 308 33 445 62 68 93 519 44 94 619 67 (600) 79 705 26 47 83 826 45 84 (3000) 95 964 **14**,038 106 41 89 217 68 85 91 97 (1500) 335 57 78 495 504 (300) 7 11 13 84 98 737 809 (300) 33 992 (1500) **15**,010 16 18 22 40 78 118 (1500) 24 26 47 53 80 249 367 418 34 557 611 47 725 38 859 937 43 53 93 **16**,032 34 119 (300) 75 76 78 329 444 47 78 (300) 85 91 (300) 515 58 69 71 650 55 808 10 (300) 46 49 (300) 74 936 92 **17**,036 50 83 84 142 97 204 62 70 91 365 89 431 (3000) 39 46 51 55 93 501 5 55 617 54 60 68 724 26 900 4 9 15 23 96 **18**,033 (300) 105 7 65 84 215 25 340 451 554 678 700 22 28 812 21 (300) 29 94 946 84 87 **19**,093 162 201 51 58 63 368 425 96 579 795 805 933 68.

20,005 23 31 38 62 74 126 39 40 251 76 307 24 29 74 437 620 794 961 **21**,030 31 36 73 262 70 74 318 43 52 91 416 35 37 (300) 49 89 518 53 76 667 (300) 84 92 784 (600) 811 934 47 **22**,026 33 92 (3000) 137 236 63 68 393 405 (300) 93 536 61 67 84 610 58 700 (1500) 10 53 73 97 824 30 50 61 (300) 64 920 72 82 **23**,107 99 261 85 (600) 342 (3000) 66 (600) 446 63 88 503 8 (300) 84 608 43 731 870 (1500) 901 (600) 20 49 **24**,094 120 (3000) 204 51 59 80 332 86 442 85 530 38 59 (3000) 522 (300) 38 798 807 51 (300) 929 (3000) 42 **25**,002 52 115 213 41 531 74 (300) 98 635 75 (1500) 701 3 27 34 45 (300) 90 900 (300) 13 32 84 (300) 93 94 **26**,086 136 50 (600) 264 72 79 345 95 408 20 512 633 748 (3000) 50 841 92 95 (300) 941 **27**,008 11 40 (3000) 45 129 54 362 478 525 50 758 817 24 99 951 **28**,004 (300) 11 112 19 23 51 209 28 327 504 36 628 36 (300) 703 8 71 812 38 43 **29**,000 15 51 75 89 (600) 113 25 (300) 33 42 77 (300) 96 232 347 469 (1500) 506 19 66 (300) 96 650 66 742 80 813 924 56 58 99 (300).

30,012 25 143 265 (3000) 442 506 27 632 66 924 **31**,007 19 77 254 319 25 (300) 26 415 (600) 65 677 757 61 846 93 (1500) 908 72 (300) 84 86 **32**,018 103 (600) 5 9 44 70 327 54 402 9 (300) 14 77 (300) 501 3 620 42 49 83 731 62 931 33 64 **33**,022 24 71 183 91 250 302 41 432 512 49 89 633 41 66 (300) 706 28 81 (120,000) 807 41 62 915 16 (600) 23 81 **34**,019 85 (300) 185 (300) 99 233 94 318 39 87 441 91 551 84 (300) 692 98 750 71 811 12 21 35 (3000) 928 83 **35**,011 83 264 86 315 89 412 70 74 500 13 19 29 61 (600) 74 718 (300) 36 81 803 911 71 **36**,087 130 64 (600) 80 298 319 82 404 52 60 84 (300) 658 721 (300) 54 57 75 801 907 36 (1500) 43 **37**,054 (300) 85 114 51 223 38 319 88 (300) 469 (300) 84 94 510 79 83 (1500) 619 72 752 (600) 69 (3000) 76 80 (300) 84 87 884 **38**,020 45 78 231 50 (3000) 71 91 448 90 581 602 12 (3000) 97 (1500) 793 97 (600) 852 **39**,006 55 59 105 13 56 66 219 29 (300) 97 304 34 44 61 87 424 70 628 59 762 (300) 880 90 (300) 924 (300) 74 81 (300).

40,024 26 (300) 68 128 82 270 408 (3000) 685 97 803 (300) 5 61 (600) 63 (1500) 905 50 51 **41**,129 262 301 (300) 8 42 436 76 572 668 774 813 54 74 77 90 936 69 (3000) **42**,027 (300) 49 70 91 210 31 85 367 436 42 (1500) 91 (3000) 526 31 78 (300) 95 695 836 56 65 94 (300) 910 (3000) 13 (300) 19 44 **43**,029 68 96 166 84 223 41 51 (300) 67 (1500) 307 11 445 (300) 84 95 515 31 36 59 62 74 86 613 (300) 26 (3000) 830 901 18 27 92 **44**,000 2 16 42 85 213 (600) 320 30 44 72 (600) 89 487 505 (300) 24 648 57 76 703 15 71 81 94 814 59 62 75 954 **45**,136 208 334 415 (300) 27 62 75 547 600 24 57 77 714 54 56 62 (6000) 804 93 926 33 43 **46**,023 25 99 (600) 140 210 (3000) 20 (300) 96 413 516 (3000) 78 82 604 72 728 36 56 803 15 38 83 904 7 **47**,026 (600) 36 45 (1500) 73 (600) 195 (3000) 200 (1500) 330 47 437 (300) 38 69 557 (300) 72 693 745 (1500) 63 74 (300) 863 70 75 85 905 66 **48**,011 70 118 27 32 97 99 203 10 (300) 17 34 67 (300) 81 341 535 59 683 778 892 936 **49**,105 34 38 214 31 47 333 34 71 479 525 (600) 51 66 90 (300) 605 731 93 823 (3000) 914 84 (300) 24 (300).

50,029 70 198 200 40 77 323 51 69 406 11 17 77 568 605 37 818 34 72 916 23 47 63 (300) 72 **51**,040 159 73 86 269 414 38 51 506 (300) 11 62 608 29 (300) 745 808 19 972 (300) **52**,033 62 76 118 (600) 65 284 304 (600) 60 79 (3000) 436 61 566 (300) 646 736 71 99 972 **53**,043 108 64 227 303 413 (300) 72 75 628 35 38 (300) 56 61 78 779 858 76 990 (600) **54**,025 (1500) 45 167 83 97 210 83 311 32 84 96 430 518 94 718 24 951 **55**,120 55 80 210 92 (3000) 323 49 52 87 404 (1500) 15 525 (1500) 41 619 (300) 46 65 750 61 880 **56**,009 60 110 44 48 50 55 (300) 56 206 363 402 89 518 20 609 28 86 844 89 96 917 33 59 77 **57**,009 33 (300) 153 259 66 395 (600) 447 62 511 50 645 87 93 (600) 762 75 89 849 962 71 **58**,053 54 63 71 146 207 52 64 72 84 (300) 95 551 645 798 816 20 (300) 51 58 **59**,011 12 79 123 70 77 207 (15000) 45 408 16 42 93 523 29 47 (300) 50 65 92 93 99 609 29 31 763 848.

60,020 21 22 87 102 56 225 72 348 50 408 96 548 52 75 79 89 95 614 16 21 39 63 757 (300) 861 924 65 74 (300) **61**,085 99 110 16 35 203 74 78 338 411 599 616 27 52 (300) 54 95 769 71 (300) 884 908 **62**,004 23 44 56 64 100 46 263 349 93 547 77 81 666 (300) 88 704 59 (3000) 817 933 40 (1500) 69 **63**,005 97 159 218 74 300 (300) 3 93 430 (1500) 78 541 639 59 71 729 46 96 824 32 908 82 (300) **64**,020 74 (300) 83 113 (3000) 24 30 46 57 61 (300) 96 208 12 77 (300) 408 44 (300) 68 83 538 (300) 45 (300) 69 673 (1500) 93 (1500) 723 51 805 51 80 914 43 53 (3000) **65**,024 201 38 (3000) 53 61 66 313 64 652 67 95 (1500) 791 96 856 70 918 39 61 99 **66**,009 26 46 (300) 61 75 147 66 74 211 395 412 27 52 71 500 605 23 37 93 (3000) 95 731 62 804 15 939 58 **67**,025 117 66 84 252 70 74 316 508 41 67 93 614 63 720 53 73 **68**,090 93 155 87 262 303 63 498 504 62 90 636 89 721 28 47 56 58 888 89 970 90 98 **69**,011 34 53 91 447 55 60 94 602 751 73 802 46 65 75 88 946 94.

70,050 61 74 (300) 77 (300) 193 (300) 267 81 90 98 307 15 (3000) 449 83 504 28 35 668 74 98 727 41 73 (600) 88 830 (1500) 921 **71**,035 36 39 55 73 100 200 321 41 89 401 48 86 (1500) 515 658 743 63 75 837 95 915 (3000) 44 56 (300) 99 **72**,042 55 (600) 61 103 13 27 (300) 79 210 17 83 330 97 403 504 777 802 14 91 937 46 **73**,007 31 63 (300) 102 21 83 287 98 349 61 458 509 38 49 650 76 82 94 97 730 44 54 57 **74**,061 146 57 78 312 73 427 49 79 540 95 677 709 (300) 13 (300) 89 857 (300) 923 35 94 (600) **75**,044 112 20 202 27 39 99 388 422 28 519 36 37 84 619 715 917 (3000) 24 70 92 **76**,070 90 155 66 203 371 (300) 449 577 (300) 603 5 94 (3000) 95 874 947 **77**,068 96 (3000) 99 185 284 308 61 462 598 618 33 34 68 98 (1500) 797 815 85 (300) 906 **78**,017 (300) 22 71 (300) 128 33 54 (600) 209 47 594 805 10 32 42 (1500) 45 72 95 956 88 **79**,020 (300) 40 43 46 52 93 119 37 68 248 55 369 (600) 442 66 94 519 676 (600) 86 (300) 96 743 55 (1500) 815 49 (1500) 62 (1500) 85 900.

80,004 13 29 97 104 240 303 (1500) 421 28 534 88 719 36 42 833 34 42 56 903 **81**,025 38 54 137 87 215 58 341 466 99 505 645 49 82 719 93 817 902 14 85 **82**,007 15 26 29 (3000) 88 (600) 138 42 (600) 304 (600) 42 49 455 72 93 97 509 (600) 624 (600) 792 835 **83**,002 31 100 (300) 58 97 296 (300) 341 (300) 90 410 71 98 513 66 624 41 (1500) 706 13 (300) 19 31 36 45 53 909 (3000) 97 **84**,044 53 113 85 210 11 92 310 40 (300) 416 18 23 36 519 24 643 77 84 702 64 855 75 89 97 916 47 **85**,008 56 (300) 79 95 120 (300) 34 241 65 309 (300) 23 76 79 86 435 69 83 571 80 707 16 55 863 (600) 996 **86**,017 177 (1500) 98 209 20 79 (300) 343 402 17 (3000) 21 50 549 63 73 97 605 (300) 21 705 18 25 830 51 **87**,000 29 70 107 88 207 20 91 379 85 419 81 541 79 (1500) 83 624 85 720 (600) 74 (300) 75 82 815 16 (600) 63 (6000) 958 78 85 **88**,060 63 123 (1500) 55 77 86 203 (3000) 30 61 303 98 523 57 66 90 626 80 (3000) 729 82 880 (300) 957 91 **89**,009 14 20 40 217 314 32 456 61 (300) 67 72 543 57 (300) 75 898 715 35 39 63 95 (600) 803 24 912 23.

90,000 31 76 89 (600) 494 566 613 45 (300) 55 72 793 (3000) 98 840 **91**,005 (300) 48 158 84 225 96 415 91 525 66 80 91 642 63 (1500) 93 748 846 64 91 (1500) 909 33 (3000) 47 55 (1500) **92**,173 203 29 360 423 45 66 74 520 873 78 984 87 **93**,008 13 22 31 53 71 172 203 48 51 75 95 (300) 304 416 (3000) 24 92 512 623 60 77 737 41 52 95 832 89 92 934 45 58 (1500) 93 **94**,006 19 171 265 373 428 35 553 (1500) 87 98 699 760 91 807 915 23.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 31. Jan., Nachmittags. 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3procent. amortisirb. Rente 85, 60, 3proc. Rente 84, 22½, Anleihe de 1872 120, 45, Italienische 5procent. Rente 88, 05, Oesterr. Goldrente 76⅞, Ungarische Goldrente 93⅞, Russen de 1877 95¼, Franzosen 597, 50, Lombard. Eisenbahn-Actien 225, —, do. Prioritäten 274, —, Türken de 1865 13, 20, 6proc. Rumän. Anleihe —. Fest.

Credit mobilier 660, —, Spanier exter. 22¼, do. inter. 21³⁄₁₆, Banque ottomane 547, Societe generale 627, Credit foncier 1565, Egypter 365, Banque de Paris 1165, Banque d'escompte 815, Banque hypothecaire 667, III. Orientanleihe 61⁷⁄₁₆, Türkenloose 48, 75, Londoner Wechsel 25, 33½.

(W. T. B.) **Paris**, 31. Jan., Abends. [Boulevard.] 3% Rente —, —. Neueste Anleihe 1872 120, 48. Türken 13, 25. Neue Egyptier 366, —. Banque ottomane — —. Italiener 88, 07. Chemins —, —. Oesterr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 93, 68. Spanier exter. 22, 31, inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Russen — —. Türkenloose 48, 62 Türken 1873 —, —. Amortisirbare —, —. Orient-Anleihe —, —. Pariser Bank —. Fest.

Frankfurt a. M., 31. Jan., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 435. Pariser Wechsel 80, 72. Wiener Wechsel 172, 20. Köln-Mindener Stamm-Actien 149¾. Rheinische Stammactien 160¾. Hessische Ludwigsbahn 94½. Köln-Mind. Prämien-Anth. 129⅞. Reichsanleihe 100¹¹⁄₁₆ Reichsbank 145³⁄₁₆ Darmstädter Bank 146½. Meininger Bank 94⅞. Oesterr.-Ungarische Bank 701, 00. Creditactien *) 251⅜. Silberrente 63¾. Papierrente 62⅝. Goldrente 76⅛. Ungarische Goldrente 94⅞. 1860er Loose 122½. 1864er Loose 312, 40. Ungarische Staatsloose 215, 50. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 85⅝. Böhmische Westbahn 218. Elisabethbahn 174¼. Nordwestbahn 162¼. Galizier 241. Franzosen*) 240⅛. Lombarden*) 88¼. Italiener 88½. 1877er Russen 93½. 1880er Russen 74¾. II. Orientanleihe 60¹⁵⁄₁₆. Central-Pacific 112⅞. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discont — pCt. Ungarische Papierrente — —. Wiener Bankverein 110⁵⁄₁₆. III. Orientanleihe 60⅝. Deutsche Handelsgesellschaft —. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 251¼. Franzosen 240⅜. Galizier 240¾. Lombarden —. Ungar. Goldrente — —. 1880er Russen 74⅞. II. Orientanleihe — —. Oesterr.-Ungar. Bank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 31. Januar, 7 Uhr 28 Min. Abends. [Abendbörse.] (Orig.-Dep. der Bresl. Ztg.) Creditactien 251, 00, Staatsbahn 239, 75, Lombarden 88¼, Oesterr. Silberrente —, —, do. Goldrente 76⅛, Ungar. Goldrente 94⅛, 1877er Russen 93⅝, Galizier —, —, III. Orientanleihe —, —. Fest.

Hamburg, 31. Jan., Nachmittags. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 100⅝, Hamburger St.-Pr.-A. 124½, Silberrente 63¼, Oest. Goldrente 76¼, Ung. Goldrente 94⁵⁄₁₆. Credit-Actien 251¼ 1860er Loose 123⅞, Franzosen 601, Lombarden 221, Italien. Rente 87½, 1877er Russen 93¾, II. Orient-Anl. 59, Vereinsbank 123⅛. Laurahütte 122¼, Nordd. 162½, Commerzbank 123 Anglo-deutsche 76, 5% Amerikanische 93½, Rhein. Eisenbahn 160¼, do. junge 154¾, Berg.-Märk. do. 114¼. Berlin-Hamburg do. 229. Altona-Kiel. do. 155½. Disconto 2½%. Fest.

Hamburg, 31 Jan., Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen per Januar 211 Br., 210 Gd., pr. April-Mai 211 Br., 210 Gd. Roggen pr. Januar 199 Br., 198 Gd., pr. April-Mai 192 Br., 191 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl ruhig, loco 55, 00, pr. Mai 55, 00. Spiritus still, per Januar-Februar 46, 00 Br., per Februar-März 46, 25 Br., per April-Mai 46, 00 Br. Kaffee stetig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum geschäftslos, Standard white loco 8, 90 Br., 8, 70 Gd., pr. Januar 8, 70 Gd., pr. Februar-März 8, 90 Gd. Wetter: Milde.

Posen, 31. Jan. Spiritus pr. Jan. 51, 40, pr. Febr. 51, 40, pr. März 52, 00, pr. April-Mai 53, 00. Gek. — Liter. Fest.

Liverpool, 31. Jan., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 10,000 Ballen, davon 5000 B. amerikanische, 5000 B. ostindische. Middl. amerikanische März-April-Lieferung 6⁹⁄₁₆ D.

Pest, 31. Januar, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco und auf Termine flau, pr. Frühjahr 10, 90 Gd., 10, 95 Br., per Herbst 10, 30 bez. Hafer per Frühjahr 6, 30 Gd., 6, 35 Br. Mais per Mai-Juni 5, 90 Gd., 5, 94 Br. Kohlraps 12¼. — Wetter: Milde.

Paris, 31. Jan., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. Januar 28, 30, pr. Februar 28, 10, per März-April 28, 10, per März-Juni 28, 00. Roggen ruhig, per Jan. 22, 75, per März-Juni 22, 75. Mehl behauptet, per Januar 61, 30, per Februar 61, 25 per März-April 60, 50, per März-Juni 60, 30. Rüböl ruhig, per Januar 72, 50, per Februar 71, 50, per März-April 72, 50, per Mai-August 73, 75. Spiritus ruhig, per Januar 59, 25, per Februar 60, 00, per März-April 60, 50, per Mai-August 60, 00. — Wetter: Milde.

Paris, 31. Januar, Nachmittags. Rohzucker 88° loco ruhig, 57, 00. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 per 100 Kgr. per Januar 67, 00, per Februar 67, 50, per März-April 67, 75.

London, 31. Januar, Nachm. Havannazucker Nr. 12 24½. Schwach.

Amsterdam, 31. Januar, Nachm. Bancazinn 54.

Antwerpen, 31. Jan., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23¼ bez. und Br., per Febr. 22¾ Br., per März 22¾ Br. Ruhig.

Bremen, 31. Januar, Nachmittags. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 70 — 8, 80 bez., per Februar-April 9, 00 Br., per August-December 9, 70 Br.

⊕ **Breslau**, 1. Febr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen schleppend, bei mäßigem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen, nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,30 bis 20,90—21,80 Mark, gelber 18,30—19,80 bis 20,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Stimmung, per 100 Kilogr. 20,10 bis 20,60 bis 21,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 14,60—15,70 Mark, weiße 16,40 bis 17,00 Mark.

Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12,80—13,80—14,40 bis 15,00 Mark, feinster über Notiz bezahlt.

Mais in fester Stimmung, per 100 Kilogr. 12,60—13,20—13,60 Mark.

Erbsen mehr beachtet, per 100 Klgr. 17,50 — 18,50 — 20,50 Mark, Victoria- 20,00—21,00—21,50 Mark.

Bohnen in matter Stimmung, per 100 Kilogr. 18,50—,19,50—20,00 M.

Lupinen preishaltend, per 100 Kilogr. gelbe 9,30 — 9,60 — 10,00 Mark, blaue 9,20—9,50—9,80 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	24	50	23	—
Winterraps	23	75	23	—	22	—
Winterrübsen	23	—	22	25	21	50
Sommerrübsen	23	50	22	50	21	50
Leindotter	22	—	21	50	21	—

Rapskuchen mehr beachtet, per 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark, fremde 6,50—6,70 Mark.

Leinkuchen behauptet, per 50 Kilogr. 9,50—70 Mark, fremde 8,60 bis 9,00 Mark.

Kleesamen schwächer zugeführt, rother feine Qualitäten gut behauptet, per 50 Kilogr. 34—38—40—45 Mark, hochfeiner über Notiz, — weißer unverändert, 40—52—58—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Mehl in ruhiger Stimmung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,25—31,50 Mark, Roggen fein 32,00—32,75 Mark, Hausbacken 30,75—31,75 Mark. Roggen-Futtermehl 10,75—11,75 Mark. Weizenkleie 9,25—9,75 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark per 50 Kilogr.

Roggenstroh 21,00—24,00 Mark per Schock à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 31. Januar 1881.

Fonds- und Geldcourse.

Deutsche Reichs-Anl.	4	100,70 bz
Consolidirte Anleihe	4½	105,50 bz
do. do. 1876	4	100,75 bz
Staats-Anl.	4	100,25 B
Staats-Schuldscheine	3½	97,90 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	150,80 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	104,20 bzG
Pfandbriefe: Berliner	4½	104,20 bz
Pommersche	3½	90,60 B
do.	4	99,60 bzG
do.	4½	102,60 G
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	99,70 bzG
Schlesische	3½	92,00 bzB
Ldschaftl. Central	4	100,00 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	100,10 bz
Pommersche	4	100,00 bz
Posensche	4	99,90 G
Preussische	4	99,90 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	100,10 G
Sächsische	4	100,30 bzG
Schlesische	4	100,10 G
Badische Präm.-Anl.	4	134,90 bz
Baierische Präm.-Anl.	4	136,75 bzG
do. Anl. v. 1875	4	100,40 G
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	130,20 bzB
Sächs. Rente von 1876	3	78,60 bzG

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial Obl.	5	108,50 bzG
Unkb. Pfb. d. Pr. Hyp.-B	4½	103,00 B
do. do.	5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb	4½	101,75 bzG
do do. do.	5	103,50 B
Unkdbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	— —
Kündbr. do. (1872)	5	105,90 G
do. rückbz. à 110	5	112,10 G
do. do. do.	4½	106,75 bz
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd.-B.	5	108,75 bzB
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	102,60 bzG
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	5	100,40 G
do. do. Pfandbr.	5	100,00 B
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	106,80 bz
do. do. II. Em.	5	102,90 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	120,10 bz
do. do. II. Em.	5	118,25 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	108,25 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	104,00 G
Meininger Präm.-Pfd.	4	120,60 G
Pfbd. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	100,25 B
Schles. Bodencr. Pfndbr.	5	104,60 G
do. do.	4½	104,60 bzG
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,90 G
do. do.	4½	102,20 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4 1/5	63,60 bz
do. (1/4. 1/10.)		63,60-50 etbz
do. Goldrente	4	76,75 bzB
do. Papierrente	4 1/5	62,25 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	— —
do. Lott.-Anl. v. 60	5	123,90 bz
do. Credit-Loose	fr.	326,00 G
do. 64er Loose	fr.	312,50 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	148,00 bzG
do. do. 1866	5	146,50 bzG
do. Orient-Anl. v. 1877	5	61 00 bzB
do. II. do. v. 1878	5	61,20 bz
do. III. do. v. 1879	5	60,90 bzG
do. Engl. v. 1871	5	92,30 bz
do. do. v. 1872	5	92,30 bz
do. Anleihe 1877	5	95,80 bz
do. do. 1880	4	75,00 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	84,00 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	78,75 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	84,10 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	65,80-90 etbG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	57,00 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	p. 1 J. r. 100,10 [G
do. 5% Anleihe	5	99,30 G
Ital. 5% Anleihe	5	88,50 etbzG
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	91,20 G
Rumänische Anleihe	8	— —
Rumän. Staats-Obligat.	6	93,50 bzG
Türkische Anleihe	fr.	13,25 etbzG
Ungar. Goldrente	6	94,30 bzB
do. Loose (M. p. St.)	fr.	215,00 B
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	90 25 etbzB

Finnische 10 Thlr.-Loose 50,50 B
Türken-Loose 39,10 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg. Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St. 3½ g.	3½	92,00 B
do. do. VI.	4½	104,10 G
do. Hess. Nordbahn	4½	103,25 bz
Berlin-Görlitz conv.	4½	102,75 B
do. B.	4½	101,50 B
do. Lit. C.	4½	101,30 bzG
Bresl.-Freib. Lit. D. E F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	102 40 bz
do. do. J.	4½	102 40 bz
do. do. K.	4½	102,30 G
do. von 1876	5	105,90 bzG
Breslau-Warschauer	5	102,75 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	100,25 G
do. Lit. B.	4½	102,10 G
do. IV.	4	100,00 G
do. V.	4	100,10 G
Halle-Sorau-Guben	4½	103,60 G
Märkisch-Posener	4½	103,00 B
Niederschles.-Märk. I.	4	100,00 G
do. do. II.	4	99,50 G
do. Obl. I. u. II.	4	100,40 B
do. Obl. III.	4	100,40 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	99,75 B
do. D.	4	99,75 B
do. E.	3½	91,75 G
do. F.	4½	103,50 G
do. G.	4½	103,30 G
do. H.	4½	103,80 bzB
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	103,00 G
do. von 1879	4½	104,80 bzG
do. von 1880.	4½	103,50 G
do. Brieg-Neisse	4½	101,75 G
do. Cosel-Oderb	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,00 B
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	104,00 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	98,25 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	92,50 bz
Charkow-Kremen. gar.	5	97,00 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	92,25 B
Rjäsan-Koslow gar.	5	101,20 bz
Dux-Bodenbach	5	85,25 bzG
do. II. Emission	5	83,30 bz
Prag-Dux	fr.	51,00 bzB
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	88,90 bz
do. do. neue	5	88,00 G
Kaschau-Oderberg	5	79,00 bzG
do. Gold.-Prior.	5	92,70 bzG
Ung. Nordostbahn	5	72,40 G
Ung. Ostbahn.	5	71,50 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	78,60 bzG
do. do. II.	5	84,00 bzG
do. do. III.	5	78,80 bz
do. do. IV.	5	77 20 bzG
Mährische Grenzbahn	5	67,40 bzG
Mähr. Schl. Centralbahn	fr.	29,75 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	83,40 bzG
Oesterr.-Französische	3	380,00 bz
do. do. II.	3	368,80 B
do. südl. Staatsbahn	3	274,30 bz
do. neue	3	274,60 bz
do. Obligationen	5	97,40 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	100,90 bz
Warschau-Wien II.	5	103,70 bz
do. III.	5	102,80 bz
do. IV.	5	101,90 bz
do. V.	5	101,90 bz
do. VI.	5	102,00 G

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,55 bz
do do	2 M.	3	167,90 bz
London 1 Lstr.	8 T.	3½	20,455 bz
do. do.	3 M.	3½	20,305 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3½	80,75 bz
do. do.	2 M.	3½	80,40 bz
Petersburg 100 SR.	3 W.	6	211,90 bz
do. do.	3 M.	6	210,40 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	212,75 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,30 bz
do. do.	2 M.	4	171,40 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 280,00 B
Badische 35 Fl.-Loose 175,60 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 99,00 bzG
Oldenburger Loose 152,00 bz

Ducaten — —	Dollar — —
Sover. 20,37 bz	Oest. Bkn. 172,40 bz
Napoleon 16,17 B	do. Silbergd. 171,90 bz
Imperials 16,66 G	Russ. Bkn. 213,60 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1879	1880		
Aachen-Mastricht	¾	—	4	35,00 bzG
Berg.-Märkische	4¼	—	4	114,20 bz
Berlin-Anhalt	5	—	4	118,70 bzB
Berlin-Dresden	0	—	4	18,40 bzB
Berlin-Görlitz	0	—	4	24,00 bzG
Berlin-Hamburg	12½	—	4	227,75 bz
Berl.-Potsd.-Magdb	4	—	4	— —
Berlin-Stettin	4¾	4¾	4¾	116,60 bzG
Böhm. Westbahn	6	—	5	109,00 bzG
Bresl.-Freib.	4¾	—	4	109,90 bzG
Cöln-Minden	6	6	3	149,80 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	—	4	104,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	7,738	—	4	120,70 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	25,50 bzB
Kaschau-Oderberg	4	—	4	57,75 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	71,00 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	201,50 bzB
Märk.-Posener	0	—	4	30,40 bz
Magdeb.-Halberst.	6	6	6	149,75 bzG
Mainz-Ludwigsh.	4	—	4	94 50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	100,30 bz
Oberschl. A. C. D. E.	9 3/5	—	3½	197,40 bz
do. B.	9 3/5	—	3½	159,10 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	481,50-80,50
Oest. Nordwestb.	4	—	5	324,00 G
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	178 00-77,50
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	44,30 bzG
Rechte-O.-U. B.	7 3/10	—	4	146,40 bz
Reichenberg-Pard.	4	—	4½	60,50 bzG
Rheinische	7	6½	6½	160,75 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	99,80 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	16,00 bz
Rumän. Eisenbahn	3 3/5	3 1/3	4	55,75 G
Schweiz Westbahn	0	—	4	31,00 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	103,70 bz
Thüringer Lit. A.	8½	—	4	173,00 bzG
Warschau-Wien	11 2/3	—	4	298,00 bzG
Weimar-Gera	4½	—	4½	51,00 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	55,10 bzG
Berlin-Görlitzer	3 1/3	—	5	81,75 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	47,50 bzG
Halle-Sorau-Gub.	3½	—	5	98,40 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	50,00 bzG
Märkisch-Posener	5	—	5	102,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	— —
do. Lit. C.	5	5	5	124,50 bzG
Marienburg-Mlawa	5	—	5	88,75 G
Ostpr. Südbahn	5	—	5	89,10 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	—	5	70,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7 3/10	—	5	145,25 bz
Rumänier	8	—	5	— —
Saal-Bahn	0	—	5	57,40 bzG
Weimar-Gera	0	—	5	38,00 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut.-Hand.-G	4	—	4	82,00 bzG
Berl. Kassen-Ver.	8 9/10	9 9/10	4	171,50 G
Berl. Handels-Ges.	5	—	4	102,00 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	4 1/3	—	4	76,90 bz
Braunschw. Bank	4½	—	4	91,00 G
Bresl. Disc.-Bank.	5½	—	4	94,10 bzG
Bresl. Wechslerb.	6	—	4	98,25 B
Coburg. Cred.-Bnk.	5	—	4	87,00 B
Danziger Priv.-Bk.	5	—	4	108,50 bz
Darmst. Creditbk.	9½	—	4	146,25 bz
Darmst. Zettelbk.	5 1/6	—	4	106,00 bz
Dessauer Landesb.	6½	—	4	117,75 bz
Deutsche Bank	9	—	4	145,75 bz
do. Reichsbank	5	—	4½	145,50 bzG
do. Hyp.-B. Berl.	6	—	4	88,50 G
Disc.-Comm.-Anth.	10	—	4	173,90 bz
do. ult.	10	—	4	173,90-73,75
Genossensch.-Bnk.	7	—	4	117,50 G
do. junge	7	—	4	— —
Goth. Grundcredb.	5	—	4	90,50 G
do. junge	5	—	4	91,90 G
Hamb. Vereins-B.	7	—	4	— —
Hannov. Bank	4½	—	4	103,25 G
Königsb. Ver.-Bnk.	5	—	4	96,50 bz
Ldw.-B. Kwilecki	4 2/3	—	4	74,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	10	—	4	148,00 bzG
Luxemburg. Bank	10	—	4	136,10 bzG
Magdeburger do.	5 1/5	—	4	114,00 bz
Meininger do.	0	—	4	94,50 B
Nordd. Bank	10	10	4	164,50 bz
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	53,75 bzG
Oberlausitzer Bk	4 2/3	—	4	86,30 G
Oest. Cred.-Actien	11¼	—	4	503,50-503,00
Posener Pro.-Bank	7	—	4	115,00 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	93 25 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	125,00 bzG
Preuss. Immob.-B.	—	—	4	102 00 bzG
Sächs. Bank	6	—	4	120,90 bzB
Schl. Bank-Verein	6	—	4	106,00 B
Wiener Unionsbk.	6	—	4	208,00 G

In Liquidation.

Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	10,75 G
Thüringer Bank	—	—	fr.	130,00 B

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	4,90 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	33 50 bzG
Nordd. Gummifab.	1½	—	4	40,00 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	2	—	4	87,90 bz
Schles. Feuervers.	22	—	fr.	1160 B
Bismarckhütte	12	—	4	111,75 bzG
Donnersmarkhütt.	1½	—	4	62,50 etbz G
Dortm. Union	0	—	4	13,50 bzG
do. St.-P. Lit. A.	2	—	6	95,00 bzG
Königs- u. Laurah.	6½	—	4	122 60 bz
Lauchhammer	0	—	4	33,60 bz
Marienhütte	4	—	4	72,20 bz
Cons. Redenhütte	8	—	4	143,00 bz
do. Oblig.	6	6	6	103,50 bzG
Schl. Kohlenwerke	—	—	4	c. 112,25 G
Schl. Zinkh.-Actien	5½	—	4	96 90 bz
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	101,50 bzG
do. Oblig.	5	5	5	106,50 B
Oppeln. Portl. Cem	4¼	—	4	67,70 bz
Groschowitzer dto.	4	—	4	80,90 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	77,10 bzG
Vorwärtshütte	0	—	4	24,50 bzG
Bresl. E.-Wagenb.	3 1/3	—	4	82,00 bzB
do. ver. Oelfabr.	7½	—	4	82,50 etbzB
do. Strassenbahn	6¼	—	4	122,50 G
Erdm. Spinnerei	0	—	4	30,25 bz
Görlitz. Eisenb.-B.	3	—	4	78,00 B
Hoffm. s Wag.-Fabr	2	—	4	52 00 B
O.-Schl. Eisenb.-B	0	—	4	48,50 bzB
Schl. Leinenind.	6	—	4	96,00 B
do. Portzellan	2	—	4	— —
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	36,00 bzB

Bank-Discont 4pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Berlin, 31. Januar. [Börse.] Die Börse eröffnete die begonnene Woche in recht freundlicher Stimmung, welche sowohl in einer erhöhten Geschäftsthätigkeit als besseren Coursnotirungen zum Ausdruck kam. Die auswärtigen Sonntagsbörsen hatten sich der am Sonnabend an der hiesigen Nachbörse entwickelten festen Haltung angeschlossen, indem sie durchgehend günstige Tendenz meldeten. Heute ging unsere Speculation auf dem betretenen Wege einen weiteren Schritt vorwärts; unbekümmert um die nur langsam folgende Wiener Börse wurde für eine Haussebewegung Propaganda gemacht. In erster Linie mag der glatte Verlauf der beendeten Ultimo-Regulirung der stimulirende Factor gewesen sein, anderseits beginnt auch der Mangel an laufenden Engagements anregend auf die Unternehmungslust zu wirken. Als sachliches Moment kam der herrschenden Neigung der günstige Wochenausweis der österreichischen Staatsbahn, welcher ein Plus von 84,048 Fl. constatirt, sehr zu Statten. Der Verkehr in Franzosen gestaltete sich zu einem recht animirten, der Cours wurde um circa 6 M. gegen Sonnabend gehoben. Lombarden behaupteten bei geringerem Geschäft ihre höchste Sonnabendnotirung. Creditactien waren beliebt, man erwartet, daß die Creditanstalt demnächst mit größeren Geschäften, welche die Fusion älterer Montangesellschaften betreffen, auf der Bildfläche erscheinen werde. Recht fest und lebhaft waren österreichische und besonders ungarische Renten, welche ihr Coursniveau wesentlich aufbessern konnten. Ganz besonderen Interesses erfreuten sich russische Fonds, welche bei regen Umsätzen durchgehend ¾ bis ⅞ Procent profitirten. Auch Russische Noten tendirten sehr fest. Oesterr. Nebenbahnen konnten angesichts der vorgestrigen Rede des Finanzministers Szapary im ungarischen Abgeordnetenhause, worin das Festhalten an dem Staatsbahnprincip unzweideutig zum Ausdruck gelangte, ihre letzten Notirungen überholen. Elbethalbahn gewannen 4 Mark, Nordwestbahn 2 Mark, Albrechtbahn und Ungarisch-Galizische wurden im freien Verkehre lebhaft umgesetzt. Auf dem localen Markt herrschte weniger Animo. Inländische Bahnen verkehrten bei unveränderten Coursen in träger Haltung. Banken notirten zwar etwas besser, hatten aber nur wenig Geschäft aufzuweisen. Im Montanmarkte waren Anfangs große Verkäufe auszuführen, welche aber der überwiegenden Kauflust gegenüber ohne jeden Einfluß blieben. Die internationalen Spielpapiere gaben im weiteren Verlaufe der Börse einen Theil ihrer Avancen wieder auf, die Tendenz blieb indeß eine recht feste. Der locale Speculationsmarkt trat aus seiner Zurückhaltung nicht heraus. Schluß ruhig und fest.

Course um 2½ Uhr: Fest. Credit 503,00, Franzosen 481,50, Lombarden 178,00, Reichsbank 145,50, Disc.-Comm. 174,12, Handels-Gesellschaft —,—, Laurahütte 122,87, Dortmunder Union 95,12, Bergische 114,25, Rumänische Rente 93,25, Türken —,—, Italiener 88,50, Oesterreichische Goldrente 76,12, Oesterreichische Silberrente 63,62, do. Papierrente 62,37, Ungarische Goldrente 94,25, 5proc. Russen 1877 95,87, do. do. 1880 75,00, Köln-Mindener —,—, do. Lit. B. —,—, II. Orient-Anleihe 61,00, do. III. 60,75, Russische Noten 213,50, Wiener Bankverein —.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silber-Coup. 171,95 bez., do. Eisenbahn-Coupon 171,95 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 35 Pf. f. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds —,— bez., do. Eisenb.-Prioritäten —,— bez., do. Papier-Dollar —,— bez., 6% New-York-City —,— bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier z. verl. min. 75 Pf. f. Bez., Poln. Papier z. verl. min. 75 Pf. Russ. Zoll —,— bez., 1822er Russen —,— Gr. Russ. Staatsbahn — bez., Russ. Boden-Credit — bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau-Terespol — bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl.-Potsd. Obligat. 20,40 bez.

Berlin, 31. Jan. [Producten-Bericht.] Das Thauwetter dauert fort. Die Stimmung für Roggen war von Anfang an fest, und als Kauflust für spätere Termine, wenn auch etwas einseitig auftretend, stärkere Anforderungen stellte, avancirten die Preise merklich. Der Markt schloß dann ruhiger, eher matt. Januarverbindlichkeiten waren meist erledigt und der Preis stellte sich etwas niedriger, es ist sogar schon auf Februar geliefert worden. Loco ist der Handel höchst schwierig, Preise behaupten sich nur mit Mühe. — Roggenmehl ziemlich fest und mit mehr Handel. — Weizen still und eher matt. Loco ist nur in abfallenden Sorten einiger Handel. — Hafer loco preishaltend, Termine unverändert. — Rüböl fest, Preise neigten zur Hausse, der Umsatz ist aber nur bescheiden. — Petroleum eher matt. — Spiritus hat den höheren Preisstand vom Sonnabend nicht ganz behaupten können. Die Kauflust ist zwar gut, das Angebot ihr aber doch etwas überlegen gewesen.

Weizen loco 180—230 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, per Jan. — bez., per Januar-Febr. — bez., per April-Mai 209—208¼ Mark bez., per Mai-Juni 210—210½—210 M. bez., per Juni-Juli 211½ M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 190 bis 206 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländischer 200—205 Mark ab Bahn bez., klammer inländisch 192—197 M. ab Bahn bez., fein. inländ. 207—208 Mark ab Bahn und Boden bez., per Januar 200—201—200¾ Mark bez., per Jan.-Febr. — M. bez., per April-Mai 200—201—200¾ Mark bezahlt u. Br., per Mai-Juni 194¾ bis 195¼—194¾ M. bez., per Juni-Juli 186¾—187½—186¾ M. bez., per Juli-August 176¼—177—176¾ M. bez. Gekündigt 10,000 Centner. Kündigungspreis 205 M. — Gerste loco 145—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 143—168 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 148—155 Mark bez., russischer 148—153 M. bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 153 bis 157 Mark bez., schlesischer 150—155 M. bez., böhm. 150 bis 155 M. bez., fein weiß — Mark bez., neumärkischer — M. bez., galizischer — M. ab Bahn bez., fein weiß. mecklenburgischer 158 bis 160 Mark ab Bahn bez., per Januar — M. bez., per Jan.-Februar — Mark bez., per April-Mai 155 Mark bez., per Mai-Juni 153¾ Mark bez., per Juni-Juli 154 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen, Kochwaare 178 bis 215 Mark, Futterwaare 162—177 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 00: 30,00 bis 28,50 Mark, Nr. 0: 28,50 bis 27,50 Mark, Nr. 0 und 1: 27,50 bis 26,50 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 29,50 bis 28,50 Mark, Nr. 0 und 1: 28,25—27,25 M. bez. — Mais loco 141—145 Mark nach Qualität gefordert, per — Mark ab Kahn bez., amerikanischer — M. ab Kahn bez., neuer ungar. — M. bez., rumänischer — Mark ab Bahn bez., geringer russ. 143 M. ab Bahn bez., per Januar 141¼ M. bez., per Januar-Februar 141¼ Mark bez., per April-Mai 129 Mark bez., per Mai-Juni 127¼ Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack: per Januar 28,15 M. bez., per Jan.-Februar 27,95—27,85 M. bez., per Februar-März 27,95 M. bez., per März-April 27,80—27,85 M. bez., per April-Mai 27,70 bis 27,65 Mark bez., per Mai-Juni 27,10 bis 27,20 Mark bez., per Juni-Juli 26,55—26,60 Mark bez. Gekündigt 1500 Ctr. Kündigungspreis 28,15 Mark. — Oelsaaten: Winter-Raps — M., Winter-Rübsen — Mark, Raps galizischer — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 52 Mark bez., per Januar — Mark bez., per Januar-Februar — Mark bez., per April-Mai 52,5—52,8 Mark bez., per Mai-Juni 53,1 Mark bez., per Juli — Mark bez., per Sept.-October 55,2 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 28,5 M. bez., per Jan. 28,2 M. bez., per Januar-Februar 27,7 Mark bez., per Febr.-März 27,5 Mark bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 26,4 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Spiritus loco ohne Faß 53,8 Mark bez., per Januar 54—53,8 Mark bez., per Januar-Februar 54—53,8 Mark bezahlt, per Februar-März — Mark bez., per April-Mai 55,4—55,2—55,4 Mark bez., per Mai-Juni 55,1 Mark bez., per Juni-Juli 55,9—55,7 M. bez., per Juli-August 56,8 bis 56,5 M. bez., per August-September 57—56,7 M. bez. Gekündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 53,8 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Jan. 31., Febr. 1.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 3°,8	+ 3°,4	+ 2°,4
Luftdruck bei 0° (mm).	741,8	743,0	743,8
Dunstdruck (mm)	4,8	5,1	5,2
Dunstsättigung (pCt.)	80	87	94
Wind	S. 2.	SW. 2.	SW. 1.
Wetter	Still. trübe.	bedeckt.	bedeckt. Nachts Regen.

Wasserstand. Breslau, 1. Febr. O.-P. 4 M. 76 Cm. U.-P. — M. — Cm. 31. Jan. O.-P. 4 M. 68 Cm. U.-P. — M. — Cm. Eisstand.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

St. Goar, 31. Januar. Heute Nachmittag um 2 Uhr 20 Min. hat sich das Eis des Rheines in Bewegung gesetzt; das Wasser ist noch im Steigen. Der Eisgang verläuft gut.

Wien, 31. Januar. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat den Dispositionsfonds von 50,000 Fl. genehmigt. Wolfrum hatte Namens der Verfassungstreuen Partei erklärt, daß sie aus politischen Gründen gegen den Dispositionsfonds stimmen würde.

Der „Polit. Corresp." wird aus Konstantinopel gemeldet, da man auf der Pforte für die verzögerte Antwort der Großmächte auf die letzte türkische Circularnote England verantwortlich machen zu müssen glaubte, so habe sich der englische Geschäftsträger veranlaßt gesehen, der Pforte die ausdrückliche Versicherung zu ertheilen, daß England weder das europäische Concert behindern noch sonst geflißentlich Schwierigkeiten machen werde.

Wien, 31. Januar. Die Leichenfeier für den verstorbenen Cardinal Fürst-Erzbischof Kutschker hat heute unter großer Betheiligung aller Schichten der Bevölkerung stattgefunden. Der Kaiser wohnte der Feier mit den Erzherzögen bei.

Pest, 31. Januar. Der „Ungarischen Post" zufolge sind die Staatseinnahmen des letzten Quartals 1880 gegen das Vorjahr 10,426,380 Gulden günstiger, die Ausgaben 2,795,146 Gulden ungünstiger.

Sofia, 31. Januar. Die Regierung ernannte den Minister des Aeußern Stoiescheff und den Ingenieur Harrowor zu Delegirten der Eisenbahn-Commission.

Prag, 31. Januar. Der Landesculturrath nahm ungeachtet der Opposition der czechischen Minorität den Compromißantrag an, wonach in den Ausschuß vier Deutsche und fünf Czechen zu wählen sind.

Paris, 31. Jan. Die Kammer setzte die Berathung des Preßgesetzes fort und lehnte den Artikel 26 betreffs der Bestrafung der Beleidigungen des Präsidenten der Republik ab. — In der heutigen ersten Versammlung der Actionäre der Panamacanal-Gesellschaft wurde der Bericht Lesseps verlesen; derselbe weist die Unausführbarkeit des amerikanischen Projectes betreffs des Nicaraguacanals nach und constatirt das vollständige Einvernehmen mit den Unionstaaten bezüglich des Panamacanals, vorausgesetzt die Sicherung der Neutralität desselben. Die Gesammtausgaben würden 600 Millionen nicht überschreiten. Sämmtliche Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Die am 3. März stattfindende Versammlung soll den projectirten Gang der Arbeiten prüfen.

London, 31. Januar. Unterhaus. Dilke antwortet Bourke: Göschen kehrt in wenigen Tagen nach Konstantinopel zurück. Es handelt sich nicht um eine Conferenz in Konstantinopel, sondern es ward vorgeschlagen, daß die Unterhandlungen betreffs der griechischen Frage zwischen der Pforte und den Vertretern der Mächte stattfinden. Auf eine weitere Anfrage wiederholt Dilke, die Ansichten der Regierung betreffs der griechischen Grenzfrage sind im Circular vom 25. August enthalten und haben keinerlei Veränderung erfahren. Die Regierung ist mit keiner isolirten Action beschäftigt; sie hofft, die jetzigen Unterhandlungen werden zu einer solchen vereinten Action der Mächte führen, daß sie eine friedliche Lösung der griechischen Grenzfrage herbeiführe.

Amsterdam, 31. Jan. Das General-Comite für die Transvaal-Frage unter dem Vorsitze Harting's hat beschlossen, an den König der Niederlande eine Adresse zu richten und ihn zu ersuchen, er möge seitens seiner Regierung bei der englischen Regierung auf diplomatischem Wege Schritte thun lassen, um dem Kriege im Transvaallande ein Ende zu machen und um die noch bestehenden Schwierigkeiten durch Wiederherstellung und Consolidirung der Unabhängigkeit des Transvaallandes zu beseitigen.

Triest, 31. Januar. Der Lloyddampfer „Ettore" ist mit der ostindischen Ueberlandspost heute Vormittag aus Alexandrien hier eingetroffen.

Southampton, 31. Januar. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Braunschweig" ist hier eingetroffen.

Vermischtes.

[Ueber das letzte Erdbeben in Bern] wird dem Berner „Bund" geschrieben: Das Naturereigniß hat auch in den stadtbernischen Außenquartieren Holligen, Mattenhof u. s. w. seine schreckenerregende Wirkung nicht verfehlt. In der Schriftgießerei Ullmer u. Comp. in Holligen schwankten im Gießersaale sämmtliche Maschinen und Feueressen; die Matritzen wurden aus den Rahmen geworfen und im Fertigmacherzimmer Werkzeuge, Schablonen und gruppirte Typen durcheinander gerüttelt, so daß sich das ganze Personal aus dem Hause flüchtete. Im Mattenhof flüchteten sich die Bewohner fast sämmtlicher Häuser entsetzt und bestürzt ebenfalls ins Freie, eine Wiederholung des gewaltigen Ruckes gewärtigend. Möbel schwankten, Pendulen und Tableaux rückten von ihren Stellen, Glocken schlugen an, Kamine stürzten herunter und einige Häuser in meiner Nachbarschaft erhielten Risse und Beschädigungen an der Bedachung.

[Ueberlistet.] Fürst Urussow hat, ehe er die diplomatische Laufbahn betreten, als kluger und gewandter Rathgeber in schwierigen Privat-Angelegenheiten sich einen guten Namen erworben. Folgende zwei Geschichten u. a. werden in der russischen Hauptstadt erzählt. Unweit der letzteren wohnt auf dem Lande ein ordentlicher Mann, welcher ein kleines Geschäft betreibt und die Einkäufe für dasselbe seit Jahren bei einem Petersburger Kaufmann besorgt. Einmal kommt er zu diesem Geschäftsfreunde und ersucht ihn, tausend Rubel für einige Zeit aufzubewahren, er habe in der Stadt eine Zahlung machen wollen, aber den Gläubiger nicht angetroffen, nun möchte er das Geld nicht gern wieder nach Hause nehmen. Dem Gesuche wird mit Vergnügen gewillfahrt. Als später der Deponent jene Summe zurückverlangt, stellt der Depositar sich sehr verwundert, er wisse nichts von tausend Rubeln, welche ihm zur Verwahrung übergeben worden, es müsse ein Irrthum auf Seiten des Fordernden vorliegen u. s. w. Ein Irrthum war allerdings auf Seiten des Deponenten: er hatte seinen Geschäftsfreund für ehrlich gehalten und ihm das Geld ohne Zeugen anvertraut. Der Betrogene gerieth in Bestürzung, und da er sich nicht zu helfen wußte, nahm er seine Zuflucht zu dem Fürsten Urussow. „Deine Sache steht schlimm", sagte dieser, „doch kannst Du vielleicht zu Deinem Gelde kommen, wenn Du noch tausend Rubel zur Verfügung hast." — Dem Rathe Urussows entsprechend, fuhr der Händler in gewohnter Weise fort, seine Einkäufe bei dem Betrüger zu machen. Von der Forderung wurde nichts mehr erwähnt. Nach einigen Monaten trat der Käufer in das Comptoir des Petersburgers, als gerade ein paar gemeinschaftlicher Bekannter anwesend waren. In Gegenwart derselben übergab er wiederum den Betrag von tausend Rubeln zur Aufbewahrung. Sie wurden bereitwillig angenommen. Eine Woche darauf verlangte der Deponent von dem Kaufmann, mit welchem er sich allein befand, die hinterlegte Summe zurück. Dieser gab das Geld sofort heraus, weil es, vor Zeugen von ihm empfangen, nicht abgeleugnet werden konnte. Sobald der Händler die tausend Rubel in der Tasche hatte, sagte er: „So, nun habe ich die ersten tausend Rubel bekommen; jetzt gieb mir auch die anderen, welche ich Dir zuletzt in Gegenwart von Zeugen übergeben habe." Alles Protestiren des Betrügers blieb ohne Erfolg, er mußte sich bequemen, auch das zweite Tausend herauszurücken. Er war überlistet.

[Ein Wunderschwindel.] Vor einiger Zeit erblickten Bauern, wie aus Gadjatsch (Rußland) gemeldet wird, welche aus einem Brunnen Wasser schöpfen wollten, ein auf der Oberfläche des Wassers schwimmendes Heiligenbild. Während sie noch darüber beriethen, wie man im gegebenen Falle sich zu benehmen habe, langten ein paar Bauernmädchen mit Eimern an und erzählten, daß sie das Bild vor einigen Stunden in der Luft schweben und dann in den Brunnen sinken gesehen. Die Nachricht über das Erscheinen des Bildes, welchem man natürlich sofort wunderthätige Kraft zuschrieb, verbreitete sich blitzschnell in der ganzen Gegend. Der Gutsbesitzer, auf dessen Grund der Brunnen sich befindet, erbaute sofort über demselben eine Capelle, zu der das Volk in Schaaren zu strömen begann. In Folge dessen standen an Sonn- und Feiertagen die benachbarten Kirchen leer, und fanden sich die Geistlichen veranlaßt, über den Vorfall der Polizei Anzeige zu machen. Der Polizeibeamte des Ortes besuchte in Folge dessen die Capelle, nahm das Bild an sich und deponirte es bei der Polizeiverwaltung. Hier liegt es noch bis heute. Wie sich später erwies, gehörte das Bild dem speculativen Gutsbesitzer, der ein sehr gutes Geschäft gemacht hat, da er das Geld und die Sachen, welche von den frommen Wallfahrern der Capelle gespendet wurden, zu eigenem Besten verwendete.

[Im Sarge zu neuem Leben erwacht.] Aus Komorn wird dem Wiener „Ab.-Bl." geschrieben: „Vor Kurzem wurde hier ein höherer Beamter zu Grabe getragen. Als sich das zahlreiche Leichengefolge um das offene Grab gruppirt hatte und man daran ging, den Sarg hinabzusenken, wurde plötzlich ein heftiges Klopfen an den Sargdeckel hörbar. Das allgemeine Entsetzen der Anwesenden wurde noch gesteigert, als man nach Oeffnung des Sarges den vermeinten Todten zwar regungslos, aber in einer derart veränderten Stellung fand, daß kein Zweifel obwalten konnte, das Pochen sei thatsächlich von Demjenigen ausgegangen, welcher eben hatte in das Grab gesenkt werden sollen. Selbstverständlich wurde der scheintodt Gewesene nach der Beisetzkammer gebracht, deren Thüren von vier Heiduken besetzt werden mußten, um dem Andrange der Menge, welche alsbald aus der ganzen Stadt dort zusammenströmte, zu wehren. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben denn auch nicht ohne Erfolg, und ließ sich, wie allgemein verlautet, der zu neuem Leben Erwachte heute Morgen sein Frühstück wohlschmecken. Daß dieser merkwürdige Vorfall allenthalben das größte Aufsehen hervorruft, ist selbstverständlich."

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.